

Den demographischen Wandel im Großraum Braunschweig aktiv gestalten

- Ergebnisse der Regionalkonferenz vom 11.03.2014 „Wohnen, Arbeit und Daseinsvorsorge“
- Dokumentation des Projektes „Weg(e)weiser demographischer Wandel“ (2011-2012)



Zweckverband
Großraum
Braunschweig

Impressum

Herausgeber:

Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB)

Frankfurter Straße 2

38122 Braunschweig

www.zgb.de

Ansprechpartner:

Arjen de Wit

Abteilung Regionalplanung

Telefon: 0531 / 242 62 62

E-Mail: a.dewit@zgb.de

Unter Mitwirkung von:

Raum & Energie

Institut für Planung, Kommunikation und Prozessmanagement GmbH

Hafenstraße 39

22880 Wedel/Hamburg

Braunschweig, April 2014

Diese Broschüre ist digital verfügbar unter www.zgb.de.

Herausforderung demographischer Wandel



Hennig Brandes,
Verbandsdirektor

Der Großraum Braunschweig ist - wie viele Regionen landes- und bundesweit – stark vom demographischen Wandel betroffen. Bis 2030 wird für den gesamten Großraum Braunschweig ein Rückgang der Einwohnerzahl um 6 % erwartet. In einzelnen Teilräumen liegt diese Zahl sogar zwischen 15 und 20 % (Berechnungen auf Basis von Daten der NBank).

Wirtschaftsstrukturell schwächere Kommunen stehen bereits unter hohem Anpassungsdruck, um die Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten. So ist zum Beispiel die ärztliche Grundversorgung nicht mehr flächendeckend gewährleistet. Erste Schulschließungen stehen bevor und die Nahversorgung lichtet sich langsam aber unaufhaltsam. Durch zurückgehende Fahrgastzahlen ist der ÖPNV in einigen Bereichen nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Die dadurch abnehmende Attraktivität der kleineren Orte verstärkt die negative Entwicklung und wirkt sich auch auf die Siedlungsentwicklung aus. Leerstände in Wohnimmobilien und gewerblichen Gebäuden werden zahlreicher und die Anzahl sogenannter „Schrottimobilien“ wächst mancherorts beträchtlich.

Zusammenarbeit für eine zukunftsfähige und lebenswerte Region

Die Zukunftsfähigkeit des Großraums Braunschweig als wirtschaftsstarke Region ist nicht zuletzt abhängig von der Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Bereits heute haben Unternehmen zunehmend Schwierigkeiten, qualifizierte Fachkräfte zu finden.

In allen diesen Bereichen ergeben sich dringende Handlungserfordernisse. Kommunen und Landkreise, aber auch Unternehmen, Verbände und zivilgesellschaftliche Akteure arbeiten bereits an einer Vielzahl innovativer Handlungsansätze, um diese Herausforderungen bewältigen zu können. Allerdings wird die Dringlichkeit des Problems innerhalb der Region unterschiedlich bewertet. Während große Teile des ländlichen Raumes um Einwohner kämpfen müssen, können vor allem Wolfsburg und Braunschweig mit starkem Zuwachs rechnen. Diese zunehmende Disparität zwischen Stadt und Land gefährdet das Profil der Region insgesamt als attraktiver Wirtschafts- und Lebensstandort.

Die EU-Förderperiode 2014 - 2020 und die damit zusammenhängende neue Politik der regionalisierten Landesentwicklung in Niedersachsen setzen neue Rahmenbedingungen für den Umgang mit dem demographischen Wandel. Die Sicherung der Daseinsvorsorge und der Ausgleich von Disparitäten werden in der neuen Politik berücksichtigt. Kommunale und regionale Zusammenarbeit werden eine zentrale Voraussetzung für einen Zugang zur Förderung aus den Strukturfonds sein. Der Fokus verschiebt sich in Richtung „regionalbedeutsamer“ Projekte.

Masterplan für gemeinsames Handeln

Bis zum Herbst 2014 werden die vier Landesbeauftragten für Regionale Landesentwicklung in Niedersachsen Handlungskonzepte für ihre jeweiligen Zuständigkeitsgebiete vorlegen.

Deshalb ist jetzt die Zeit reif für einen geschlossenen, regionalen Masterplan zur aktiven Begleitung von Schrumpfungs- und Alterungsprozessen im Großraum Braunschweig. Es kommt darauf an, kooperativ und solidarisch die Potenziale und Fähigkeiten zu einem gemeinsamen Vorgehen zu vereinen und aus den bisherigen Erkenntnissen kurzfristig eine strategische Entwicklungsplanung abzuleiten.

Erstellung eines Masterplanes

Um diesen Prozess anzustoßen, lud der Zweckverband Großraum Braunschweig am 11. März 2014 zu einem Workshop und einer Regionalkonferenz ein. 150 Teilnehmer stellten sich bei dieser Gelegenheit einstimmig hinter eine gemeinsame Absichtserklärung zum aktiven Umgang mit dem demographischen Wandel. Sie einigten sich darauf, bis Herbst 2014 einen Masterplan zu erarbeiten als Beitrag zur landesweiten Diskussion um den Einsatz von EU-Fördermitteln. Die vorliegende Broschüre fasst die Ergebnisse dieser Veranstaltung zusammen.

Bei der Erstellung dieses Masterplanes müssen wir – auch auf regionaler Ebene – nicht von vorne anfangen. Seit über zehn Jahren regt der ZGB durch Studien und Veranstaltungen die Diskussion zum Umgang mit dem demographischen Wandel an. So wurde zwischen 2000 und 2004 das Forschungsprojekt STADT+UM+LAND 2030 durchgeführt. Mit Unterstützung des Landes Niedersachsen fand außerdem 2011 - 2012 eine Workshopreihe unter dem Titel „Weg(e)weiser demographischer Wandel“ statt, an der sich Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft beteiligten. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse bilden eine wichtige Grundlage für den Masterplan. Aus diesem Grund haben wir sie in aktualisierter Form in dieser Broschüre mit aufgenommen.

Wir freuen uns auf Ihre aktive Beteiligung im anstehenden Arbeitsprozess!



Hennig Brandes

(Verbandsdirektor)

Inhalt

Impressum	2
Vorwort	1
Herausforderung demographischer Wandel	1
Einführung	4
Demographische Entwicklungen und ihre Folgen im Großraum Braunschweig	4
Teil 1: Workshop und Regionalkonferenz	7
Zusammenfassung der Veranstaltung vom 11.03.2014	7
Workshop	7
Ergebnisse der Arbeitsgruppen	9
Regionalkonferenz	11
Gemeinsame Absichtserklärung zum aktiven Umgang mit dem demographischen Wandel	12
Ausgangslage	12
Erklärung	13
Ausblick	14
TEIL 2: Zusammenfassung des Weg(e)weiserprojektes 2011-2012	15
Projektmodule	15
Ergebnisse des Weg(e)weiserprojektes	16
Ausgangsbedingung Wirtschaft	16
Das Bildungssystem	20
Die Gesundheitsvorsorge	21
Mobilität und ÖPNV	22
Die Siedlungsentwicklung	24
Die technische Infrastruktur	26
Webadressen zu den Fußnoten	28

Demographische Entwicklungen und Folgen im Großraum Braunschweig

Bis 2060 werden in Deutschland nach einer Prognose des Statistischen Bundesamtes zwischen vier und sechzehn Millionen Menschen weniger leben als heute¹. Diese Entwicklung wird begleitet durch eine generelle Alterung der Bevölkerung und durch einen Umverteilungsprozess dorthin, wo Arbeitsplätze geboten werden: in die Wirtschaftszentren und zentrennahen Räume.

Die demographische Entwicklung trifft die ganze Region.

Auf den ersten Blick werden die ländlich-peripheren Gebiete die Verlierer sein. Wer genau hinsieht, wird aber feststellen, dass der Grenzverlauf zwischen Gewinnern und Verlierern dieser Entwicklung keinesfalls genau zu bestimmen ist. Räumlich betrachtet liegen Gewinner und Verlierer oftmals nicht nur dicht beieinander, sie teilen auch die Folgen des demographischen Wandels.

Dies gilt unmittelbar für die steigenden Kosten für die Erbringung und den Erhalt infrastruktureller Leistungen wie Wasser, Abwasser oder Müllentsorgung, die auf die angeschlossenen Einwohner einer Region umgelegt werden müssen. Es gilt aber auch mittelbar, indem z.B. ein Wertverfall von Immobilien in den ländlich-peripheren Gebieten nicht ohne Rückwirkungen auf den Grundstücksmarkt einer ganzen Region bleibt.

Der Großraum Braunschweig ist stark betroffen.

Wie die meisten Regionen Deutschlands wird auch der Großraum Braunschweig von diesen Entwicklungen nicht ausgeschlossen bleiben. Mancherorts sind diese bereits in vollem Gange und sogar überdurchschnittlich ausgeprägt.

Bereits in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts verzeichnete der Großraum Braunschweig eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung. Nach der Wiedervereinigung wurde diese durch Zuzüge aus den ostdeutschen Bundesländern bis Mitte der 90er Jahre hinein unterbrochen. Nach einigen Jahren der Stagnation setzte sich um die Jahrtausendwende die rückläufige Bevölkerungsentwicklung fort. (Abb. 1)

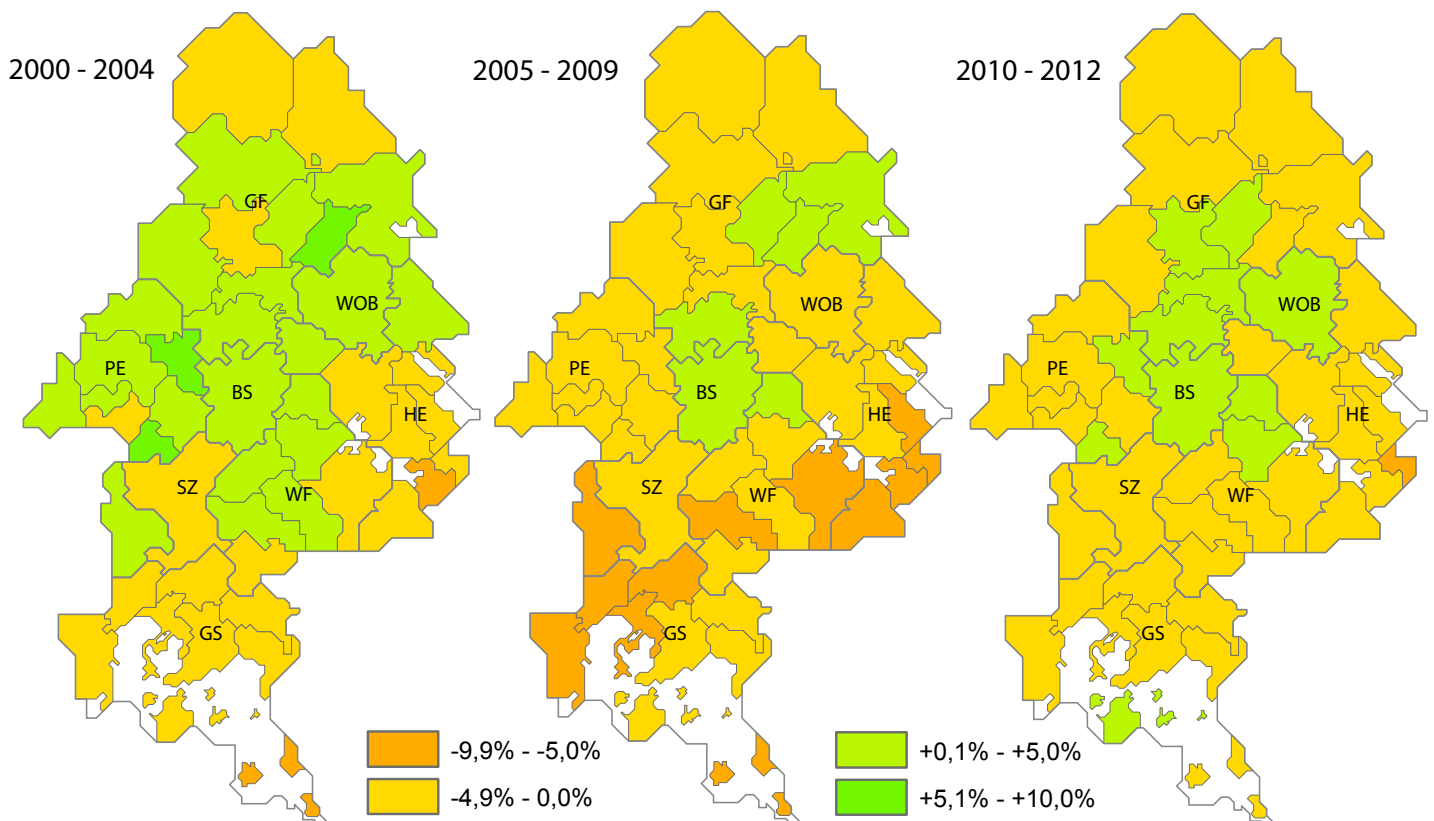


Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung im Großraum Braunschweig von 1995 bis 2012 (Berechnung des ZGB auf Basis der Daten des Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN-Online))

¹ Statistisches Bundesamt (2009) Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung.

Mit Trendwende nicht zu rechnen

Perspektivisch ist mit keiner Trendumkehr zu rechnen - im Gegenteil: Der Region Braunschweig stehen nach aktuellen Vorausberechnungen bis 2030 in weiten Teilen geradezu gravierende Bevölkerungsverluste bevor. Laut aktueller Ergebnisse der Bevölkerungsprognose der CIMA im Auftrag der NBank verliert der Landkreis Goslar bezogen auf das Basisjahr 2011 bis zum Jahr 2030 20 %, der Landkreis Helmstedt 19 %, die Stadt Salzgitter 18 %, der Landkreis Wolfenbüttel 12 %, der Landkreis Peine 10 %, der Landkreis Gifhorn 9 % der Bevölkerung². (Abb. 2) Hierbei handelt es sich - wenn man das Land Niedersachsen in Gänze betrachtet - in Teilen um Spitzenwerte auf der negativen Skala der Bevölkerungsentwicklung.

In den kleineren Gemeinden, den Grundzentren mit den dazugehörigen dörflich geprägten Ortschaften, sind die Folgen dieser Entwicklungen am stärksten ausgeprägt. Bereits heute ist dort die Grundversorgung mit unverzichtbaren örtlichen Leistungsangeboten wie Schulen, Kindergärten, Gesundheits- und Beratungseinrichtungen gefährdet. Wohnungs- und Gewerbeleerstände greifen um sich. Zudem gerät die Aufrechterhaltung der technischen Ver- und Entsorgung unter Druck, weil absehbar wichtige/erforderliche Auslastungsschwellen unterschritten werden.

Große Entwicklungsunterschiede in der Region

Gleichwohl zeigen die Städte Braunschweig und Wolfsburg einen Trend zu einem Bevölkerungsanstieg von jeweils 11 %. In den einzelnen Landkreisen ist wiederum das dichte Nebeneinander von stärker und schwächer schrumpfenden oder sogar wachsenden Gemeinden sowie Stadt- und Ortsteilen signifikant. Dabei stehen die meisten Mittelzentren perspektivisch etwas besser da als ihr Umland.

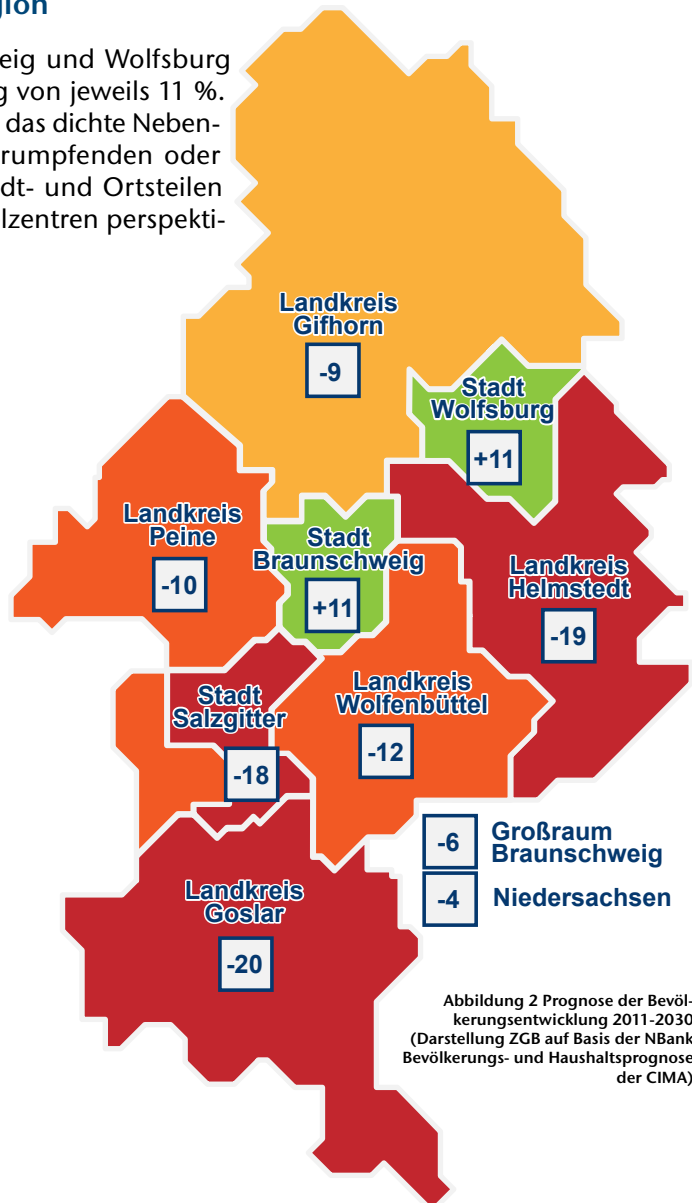


Abbildung 2 Prognose der Bevölkerungsentwicklung 2011-2030 (Darstellung ZGB auf Basis der NBank Bevölkerungs- und Haushaltsprognose der CIMA)

² NBank-Bevölkerungs- und Haushaltsprognose der CIMA. Daten veröffentlicht in: Hämker, Sebastian und Koschitzki, Robert (2013) Wohnen in Niedersachsen 2012-2030: Investieren in zukunftssichere Bestände. Wohnungsmarktbeobachtung 2012/13. Hannover: NBank.

Die Veränderung der Altersstruktur führt zu neuen Daseinsvorsorgebedarfen.

Dabei wird die demographische Herausforderung des Rückganges der Bevölkerungszahlen erheblich verstärkt durch eine Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung (Abb. 3): Menschen ab 75 Jahren bilden einen immer größeren Bevölkerungsanteil mit 13,8 % in 2030 (2011 waren es 10,4 %). Die Zahl der Kinder und Jugendlichen (von 16,0 % auf 14,9 %) und der jungen Erwachsenen (von 14 % auf 11 %) nimmt ab³. Im Bereich der Familien mit Kindern und der Menschen im erwerbstätigen Alter entsteht eine wachsende Lücke. Dabei muss bedacht werden, dass diese Verschiebungen sich in den ländlichen Gebieten konzentrieren. Die Folgen dieser Entwicklung sind absehbar: Die Ansprüche an die Daseinsvorsorgeinfrastruktur verändern sich grundlegend, Facharbeitskräfte werden zur wichtigsten wirtschaftlichen „Ressource“.

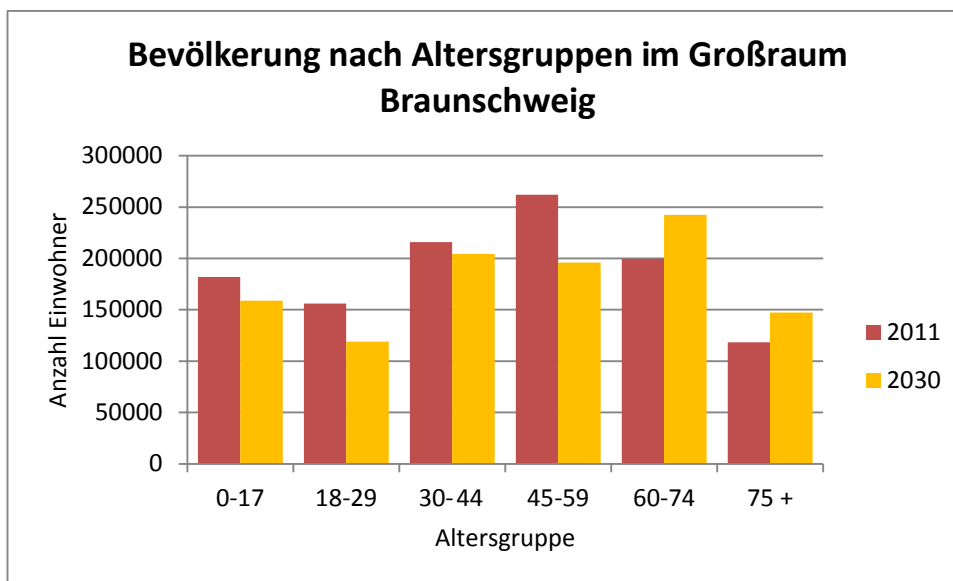


Abbildung 3 Bevölkerung im Großraum Braunschweig nach Altersgruppen (Berechnung: ZGB auf Basis der NBank Bevölkerungsprognose der CIMA)

Auch der Wohnungsmarkt wird beeinflusst

Auch der Wohnungsmarkt wird von der sich verändernden demographischen Struktur beeinflusst. Die Anzahl der Haushalte im gesamten Verbandsgebiet vermindert sich laut Prognosen bis 2030 zwar um nur 1 %. Auch hier gibt es aber große innerregionale Unterschiede. So wird für Braunschweig eine Zunahme um 13 %, für Salzgitter dagegen eine Abnahme um bis zu 16 % prognostiziert⁴. Außerdem werden die Haushalte im Durchschnitt kleiner. Der Bedarf an kleinen Wohnungen wird demzufolge steigen, während größere Wohnungen oder Einfamilienhäuser weniger nachgefragt werden. Immer mehr Wohnungen müssen barrierefrei sein. Damit das Angebot an Wohnungen auch künftig der Nachfrage entspricht und Leerstand vermieden wird, müssen Bestände angepasst und Neubauprojekte auf die Entwicklungen ausgerichtet werden.

³ Berechnung des ZGB auf Basis der NBank-Bevölkerungs- und Haushaltsprognose der CIMA.

⁴ Berechnung des ZGB auf Basis der NBank-Bevölkerungs- und Haushaltsprognose der CIMA.

Wohnen, Arbeit und Daseinsvorsorge: Auftakt zu einem „Masterplan demographischer Wandel“

Zusammenfassung der Veranstaltung vom 11.03.2014

Die in der Einleitung geschilderte Situation ergibt für den Großraum Braunschweig einen dringenden Handlungsbedarf. Die neuen Rahmenbedingungen der EU-Strukturpolitik (Förderperiode 2014-2020) bieten gute Perspektiven, um die Herausforderungen zu bewältigen. Bis Ende 2014 werden auf der Ebene der Landesregierung die Weichen für die neue Landesentwicklungspolitik gestellt. Um die Problematik des demographischen Wandels im Großraum Braunschweig auf die Agenda zu setzen, müssen möglichst viele Akteure sich jetzt aktiv in die Diskussion einbringen und zeigen, dass sie zum interkommunalen und regionalen Handeln bereit sind.

Am 11. März 2014 lud der ZGB deshalb zu einem Workshop und einer damit verbundenen Regionalkonferenz in die Stadthalle Braunschweig ein. Über 150 Vertreter der Politik, der öffentlichen Verwaltung, der Wirtschaft und von unterschiedlichsten Verbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen nahmen teil.

Workshop⁵

Ziel des Workshops war der fachliche Austausch zu Herangehensweisen und Strategien im Umgang mit den Herausforderungen des demographischen Wandels. Referentinnen und Referenten aus der Region und von außerhalb berichteten aus ihren Erfahrungen. Zur Einführung stellte Arjen de Wit vom ZGB die aktuellen Prognosen der Bevölkerungsentwicklung vor. Er skizzierte anhand von Beispielen die differenzierte Problemlage, betonte aber auch, dass bereits viele Aktivitäten im Verbandsgebiet zu Lösungen beitragen. Jens Palandt (Erster Verbandsrat des ZGB) warb für das Vorhaben des ZGB, bis zum Herbst 2014 in einem breiten Beteiligungsprozess einen regionalen Masterplan „Wohnen, Arbeit und Daseinsvorsorge“ zum Umgang mit dem demographischen Wandel zu erstellen als Diskussionsbeitrag für die neue Landesentwicklungspolitik.



Jens Palandt



Arjen de Wit



Tanja Blankenburg

Beispiele aus der Praxis

Der Regionale Planungsverband Westmecklenburg hat einen ähnlichen Prozess bereits durchgeführt. Tanja Blankenburg, die diesen Prozess koordiniert hat, berichtete von den Erfahrungen, die sie dabei gemacht hat. Der Prozess hat der Region eine solide Datenbasis verschafft, den Dialog angeregt und neue Kooperationen hervorgebracht. Blankenburg empfahl, sowohl Entscheidungsträger als auch die Umsetzungsebene mitzunehmen und die Verstetigung des Prozesses von Anfang an zu organisieren.

Katrin Fahrenkrug vom Institut Raum & Energie, die auch die Moderation des Tages übernahm, betonte in ihrem Beitrag, dass die Region nicht am Anfang stehe. Mit dem Projekt Weg(e)weiser demographischer Wandel (2011-2012) und der Bewerbung im MORO-Aktionsprogramm „Regionale Daseinsvorsorge“ (2012) wurden bereits viele Bausteine für einen Masterplan entwickelt. Es gelte jetzt, daran anzuknüpfen. Fahrenkrug plädierte für Konzentration der Infrastruktur und Innenentwicklung als Stellschrauben, um auch in schrumpfenden Gebieten die Lebensqualität zu erhalten. Allerdings erfordere dies oft schmerzhaft Maßnahmen, die nur getroffen werden können, wenn Gebietskörperschaften gemeinsam vorgehen.



Katrin Fahrenkrug

⁵ Die Vorträge sind verfügbar auf der Webseite des ZGB: www.zgb.de.

Das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben „Planspiel Flächenhandel“ ist aus ihrer Sicht eine Chance für Kommunen, daran zu arbeiten.

Bereits seit 2011 liegt ein Beschluss der Verbandsversammlung des ZGB vor, eine regionale Wohnungsmarktbeobachtung für den Großraum Braunschweig zu erstellen. Im Rahmen des Masterplanes Wohnen, Arbeit und Daseinsvorsorge soll dieser Beschluss nun umgesetzt werden. Robert Koschitzki von der NBank stellte das Instrument Wohnungsmarktbeobachtung vor. Es bietet einer Kommune oder einer Region eine neutrale Diskussionsgrundlage für Entscheidungen im Bereich der Siedlungsentwicklung und zeigt, wo welcher Handlungsbedarf besteht. Gerade im Großraum Braunschweig, der sowohl schrumpfende (Stichwort Leerstandsproblematik) als auch wachsende (Stichwort Wohnungsknappheit) Bereiche kennt, sei das sinnvoll. Er betonte, dass die Entwicklungen und die Effektivität eventueller Maßnahmen nur sichtbar gemacht werden können, wenn die Wohnungsmarktbeobachtung regelmäßig wiederholt wird.



Robert Koschitzki



Fritz Rössig

Fritz Rössig, Abteilungsleiter Nahverkehr beim ZGB, ermöglichte einen Blick in die nahe Zukunft der Mobilität. Sinkende Schülerzahlen, der Trend zur Rückkehr in die Städte und die zunehmende Mobilität einer wachsenden Zielgruppe der Senioren verändern die Rahmenbedingungen und die Ansprüche an den ÖPNV. Flexible Bedienformen und eine verbesserte Infrastruktur sollen sowohl die Verbindungen zwischen den Zentren als auch die Erreichbarkeit des ländlichen Raumes gewährleisten. Durch die Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsmittel, den Einsatz moderner Kommunikationsmittel und verbesserte Fahrgastinformationen werden intermodale Beförderungsketten von Tür zu Tür ermöglicht. So könne der Verkehr für den Fahrgast einfacher und attraktiver organisiert werden.

Christine Gehrman, Demographiebeauftragte beim Landkreis Gifhorn, stellte das Demographiemonitoring vor, ein landkreisweites EDV-gestütztes System, mit dem die Bevölkerungsentwicklung monatlich beobachtet wird. Die Daten ermöglichen dem Landkreis und anderen Akteuren, Prognosen und Szenarien zu erstellen, Handlungsbedarfe rechtzeitig zu erkennen und die Wirkung von Maßnahmen zu analysieren.

Zudem erfasst der Landkreis derzeit, welche Dienstleistungseinrichtungen (z.B. in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Nahversorgung) wo vorhanden sind und welche zukünftig benötigt werden. Diese Informationen dienen der Entscheidungsfindung zum langfristigen Rückbau, Umbau und Erweiterung von Einrichtungen. Außerdem sind sie Grundlage für strategische Planungen wie den Regionalplan, das Kreisentwicklungskonzept und die Dorfentwicklung. Somit können öffentliche Investitionen besser eingesetzt werden.



Christine Gehrman

Eine schnelle Abstimmung im Publikum ergab: alle Teilnehmer sind überzeugt, dass der demographische Wandel ein Thema ist, an dem auf regionaler Ebene gearbeitet werden muss. Gleichwohl waren fast alle der Meinung, dass das „Kirchturmdenken“ im Großraum Braunschweig noch lange nicht überwunden ist. Das war auch häufig Gesprächsthema in den Diskussionsgruppen.

In Kleingruppen (bis 10 Personen) diskutierten die Teilnehmer Handlungsempfehlungen und konkrete Maßnahmen, um den demographischen Wandel aktiv zu gestalten. Neben der Forderung nach „echter Solidarität“ und intensiver Kooperation innerhalb des Großraums äußerten die Gruppen vor allem Ideen im Bereich ÖPNV und Siedlungsentwicklung. Einrichtungen der Daseinsvorsorge sollen auf zentrale Orte konzentriert werden. Gleichwohl sind für den ländlichen Raum kreative Lösungen gefragt, zum Beispiel um die Mobilität zu sichern (Abb. 4).



Arbeitsgruppen

Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Handlungsempfehlungen	Schritte zum Ziel
<p>Was muss vorrangig angepackt werden, um die Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit in den Kommunen im Großraum Braunschweig zu stärken?</p>	<p>Was schlagen Sie konkret vor? (Strategien, Projekte, Partner)</p>
<p>Netzwerke schaffen und Kooperation stärken</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • <i>Echte Solidarität!</i> • <i>Stadt und Land auf Augenhöhe</i> • <i>Doppelstrukturen vermeiden</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Kein interkommunaler Wettbewerb; kooperieren!</i> • <i>Workshops mit Bürgern</i> • <i>Rollenspiel der Entscheidungsträger (HVB)</i> • <i>Koordinationsstelle (ZGB?)</i>
<p>Mobilität sichern!</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • <i>Kreative Konzepte entwickeln</i> • <i>„Multimobilität“ ermöglichen</i> • <i>Zentren und Fläche berücksichtigen!</i> • <i>Bessere Mittelausstattung für den ÖPNV</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Flexible Lösungen: Bürgerbus, Anrufsammeltaxi, E-Mobilität statt „Geisterbusse“</i> • <i>Pendlerverkehr organisieren (Portal)</i> • <i>Jobticket für jeden Arbeitnehmer</i> • <i>Bessere Kooperation der Anbieter</i> • <i>A39 und Weddeler Schleife ausbauen</i>
<p>Siedlungsentwicklung und Daseinsvorsorge anpassen</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • <i>Konzentration der Siedlungsentwicklung und der Daseinsvorsorge auf zentrale Orte</i> • <i>Ortsbild aufwerten</i> • <i>Mix aus umnutzen, umbauen, Neubauen, abreißen</i> • <i>Kreatives Leerstandsmanagement</i> • <i>Lebensumfeld bürgerorientiert gestalten</i> • <i>Gleichwohl: „kurze Wege für kurze Beine“!</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Neue Wohnraumkonzepte für alle Zielgruppen</i> • <i>Städtebauliche Konzepte</i> • <i>Mut zum Rückbau!</i> • <i>Gezielte Förderung: „jung kauft alt“, Abrissprämie, Anreize zur Umsiedlung</i> • <i>Stärkung der zentralen Schulstandorte und kreisübergreifende Abstimmung</i> • <i>Mobilisierung von Daseinsvorsorge (rollende Arztpraxis, Laden etc.)</i> • <i>Erreichbarkeit medizinische Versorgung sichern</i> • <i>Breitbandausbau im ländlichen Raum</i> • <i>Vereine, Ehrenamt, Gaststätten stärken</i> • <i>Konzepte mit Bürgern entwickeln!</i>

Abb 4: Ergebnisse der Gruppenarbeit während des Workshops „Wohnen, Arbeit und Regionale Daseinsvorsorge“ am 11. März 2014 in Braunschweig

Fortsetzung nächste Seite

Handlungsempfehlungen	Schritte zum Ziel
Was muss vorrangig angepackt werden, um die Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit in den Kommunen im Großraum Braunschweig zu stärken?	Was schlagen Sie konkret vor? (Strategien, Projekte, Partner)
Arbeitsplätze schaffen und attraktives Lebensumfeld anbieten	
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Allianz für die Region als Partner</i> • <i>Vereinbarkeit Familie und Beruf stärken</i>
Datenbasis schaffen	
<ul style="list-style-type: none"> • <i>Erfolgsbeobachtung</i> • <i>Ehrliche Kommunikation, Transparenz</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Datenerhebung und -aufbereitung</i> • <i>Informationsveranstaltungen</i>
Fördermittel und Rahmenbedingungen	
<ul style="list-style-type: none"> • <i>Konkrete Rahmenbedingungen vorgeben (z.B. Mindestgröße der Gebietskörperschaften)</i> • <i>Nicht nur „Stärken stärken“, sondern solidarisch Daseinsvorsorge erhalten; auch kleine Projekte fördern</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Landesgesetzgebung anpassen</i> • <i>Förderinstrumente anpassen</i> • <i>Nicht nur Planung, sondern Projekte fördern</i> • <i>Förderschwellen nicht zu hoch ansetzen</i>
Bewusstseinswandel	
<ul style="list-style-type: none"> • <i>Das „Wir-Gefühl“ der Region entwickeln</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Soziale Netzwerke nutzen</i> • <i>Alleinstellungsmerkmale aufdecken</i> • <i>Erholungsangebote für die eigenen Einwohner</i>

Abb 4: Ergebnisse der Gruppenarbeit während des Workshops „Wohnen, Arbeit und Regionale Daseinsvorsorge“ am 11. März 2014 in Braunschweig

Regionalkonferenz

Christiana Steinbrügge, Landrätin des Landkreises Wolfenbüttel, eröffnete die anschließende Regionalkonferenz. Sie rief dazu auf, die „Kraft der Vielen“ sinnvoll zu nutzen: gleichbedeutend die Starken stärken und den ländlichen Raum mitdenken. Denn auch ländliche Räume seien ja Innovationsräume.

Matthias Wunderling-Weilbier, Landesbeauftragte für regionale Landesentwicklung, erläuterte die anstehenden Änderungen in der niedersächsischen Regionalpolitik, die unmittelbar mit dem Start der neuen EU-Förderperiode zusammenhängen. Die Kernaussage seiner Rede: „Das Europa der Zukunft kennt keine Landkreise; es kennt nur noch Regionen“. Damit unterstrich er die Notwendigkeit, über Gebietskörperschaftsgrenzen hinaus zusammenzuarbeiten, um in der Diskussion zum Einsatz der knapper werdenden EU-Fördermittel wahrgenommen zu werden. Er begrüßte die Initiative des ZGB, im Bereich des demographischen Wandels in den nächsten Monaten eine solche Zusammenarbeit auf den Weg zu bringen.

In einer Podiumsdiskussion wurden Julius von Ingelheim (Geschäftsführer der Allianz für die Region), Christiana Steinbrügge, Matthias Wunderling-Weilbier, Ruth Naumann (Samtgemeindebürgermeisterin Schöppenstedt) und Hennig Brandes (Verbandsdirektor des ZGB) nach „Stellschrauben“ im Umgang mit dem demographischen Wandel befragt (rechtes Bild).



Von Ingelheim betonte die wirtschaftliche Stärke der Region und warnte davor, zu pessimistisch in die Zukunft zu schauen. Allerdings gelte es, die Außendarstellung des Großraums Braunschweig zu verbessern, um potenzielle Arbeitskräfte für die Region zu gewinnen. Wunderling-Weilbier ergänzte: die Stabilisierung des ländlichen Raums geht nur durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Trotzdem, gab Steinbrügge zu bedenken, bedürfe es vielerorts auch Rückbaustrategien. Ruth Naumann mahnte, die Infrastruktur an die Bedürfnisse der Menschen anzupassen: „Kitas, Schulen und ÖPNV sind entscheidende Standortfaktoren für Familien“. Man müsse die Menschen davon überzeugen, dass sie für die Region einstehen. Das Marketing-Projekt „Hier bin ich zu Hause“ des Landkreises Wolfenbüttel lobte sie als ein hervorragendes Beispiel. Auch das Thema Arbeit und Arbeitsstätten müsse unbedingt weiter entwickelt werden – „die Menschen müssen bleiben wollen.“

Die Städte leben vom Umland, betonte ZGB-Verbandsdirektor Hennig Brandes die Notwendigkeit, beim Thema demographischer Wandel gemeinsam vorzugehen. Und jetzt sei es wichtig, die Stellschrauben zum Mitmachen zu stellen. Denn innerhalb der nächsten sechs Monate müssen Projekte erkannt und ausgearbeitet werden.

Wunderling-Weilbier betonte erneut, dass niemand im Stich gelassen werde, es aber auch keine vom Land verordneten Zwangsehen geben werde. Aufgrund der deutlich zurückgehenden EU-Finanzmittel sagte er: „Wir müssen mit weniger Mitteln die maximale Wirkung erzielen.“ In den vergangenen Jahren seien andere Regionen in Niedersachsen deutlich besser aufgestellt gewesen als der Großraum Braunschweig. Deshalb sei es umso wichtiger, jetzt die Handlungsstrategien für die nächsten Jahre festzulegen und zumindest in der kommenden Förderperiode dabei zu sein.

Die Diskussionsteilnehmer äußerten sich grundsätzlich positiv zu der vom ZGB vorgelegten Absichtserklärung zum aktiven Umgang mit dem demographischen Wandel (siehe folgende Seiten). Auch die 150 Teilnehmer im Plenum stellten sich einstimmig hinter die Erklärung und bekannten sich damit zu einem gemeinsamen Arbeitsprozess.

In seinem Fazit machte Jens Palandt nochmals klar, dass die Region keineswegs am Anfang stehe, viele Initiative seien bereits wirksam umgesetzt. Sinnvoll und wichtig sei es jetzt, die Kräfte zu bündeln, Strategien zu entwickeln, Öffentlichkeit dafür herzustellen und den demographischen Wandel in der Region erfolgreich zu gestalten.

Gemeinsame Absichtserklärung zum aktiven Umgang mit dem demographischen Wandel

Ausgangslage

- a. Für den Großraum Braunschweig wird aktuell eine Bevölkerungsabnahme von 6 % bis 2030 prognostiziert. Während die Städte Braunschweig und Wolfsburg wachsen, verlieren die Stadt Salzgitter und die Landkreise bis zu 20% ihrer Bevölkerung⁶. Diese Entwicklung gefährdet die Daseinsvorsorge und die Lebensqualität insbesondere im ländlichen Raum⁷. Gleichzeitig entstehen durch die Alterung der Bevölkerung neue Ansprüche an den Wohnungsmarkt und die Angebote der Daseinsvorsorge.
- b. Im Großraum Braunschweig sind Wissenschaft, Technologieentwicklung und Produktion eng mit einander vernetzt. Sie bilden eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur, die maßgeblich vom wissensintensiven produzierenden Gewerbe, insbesondere in der Mobilitätsbranche, geprägt wird. Der Erfolg der Region hängt von der weiteren Stärkung dieser Wirtschaftsstruktur ab.
- c. Der Großraum Braunschweig steht europaweit in Wettbewerb mit anderen Regionen um Arbeitgeber und Arbeitskräfte. Der demographische Wandel wirkt sich auch hier aus und verschärft diese Lage. Entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Region sind attraktive Arbeitsbedingungen, gute Bildungsangebote auf allen Ebenen und eine überdurchschnittlich hohe Lebensqualität.
- d. Städte und ländliche Räume im Großraum Braunschweig hängen funktional und räumlich zusammen. Die ländlichen Räume brauchen den Arbeitsmarkt sowie die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur der Städte. Die Städte brauchen die ländlichen Räume als Wohn- und Erholungsraum sowie als Produktionsraum für Nahrungsmittel und Energie. Die erfolgreiche Entwicklung unserer Region erfordert deshalb eine enge Zusammenarbeit zwischen allen Gebietskörperschaften. Wir sind eine Solidargemeinschaft.
- e. Die Strukturpolitik der Europäischen Union bildet den thematischen Rahmen der regionalen Entwicklung und bietet unverzichtbare Finanzmittel. Sie orientiert sich an den Zielen der Europa 2020-Strategie und wird ab 2014 noch konsequenter auf die Stärkung von Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet. Vor diesem Hintergrund ist ein gemeinsames Vorgehen politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Akteure in der Region - auch - unabdingbar für die erfolgreiche Bewältigung der Herausforderungen des demographischen Wandels.

⁶ Berechnung ZGB auf Basis der NBank-Bevölkerungsprognose der CIMA

⁷ Unter Lebensqualität wird die Zufriedenheit der Einwohner mit ihrer privaten und beruflichen Lage verstanden. Die Wohnumgebung, das Arbeitsumfeld, Gesundheit, Bildung, Erholungsmöglichkeiten, Erreichbarkeit und eine gute Daseinsvorsorge sind dafür entscheidende Faktoren.

Erklärung

1. Wir sind uns den Herausforderungen, die mit dem demographischen Wandel verbunden sind, bewusst und wollen durch gemeinsame Arbeit – auch im regionalen Kontext – unsere Zukunftsfähigkeit erhalten und verbessern.
2. Wir entwickeln dazu in gemeinsamer Verantwortung einen Masterplan „Wohnen, Arbeit und Daseinsvorsorge“, den wir mit kommunalen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Partnern und den Menschen in konkreten Projekten umsetzen. Mit diesem Masterplan setzen wir uns das Ziel, die Lebensqualität in der Region zu erhöhen.
3. Wir schaffen attraktive Wohn- und Erholungsumgebungen im städtischen und ländlichen Raum. Wir setzen uns für einen Wohnungsmarkt ein, der sowohl qualitativ als auch quantitativ den sich verändernden Nachfragen entspricht.
4. Wir setzen uns für wettbewerbsfähige Arbeits- und Bildungsangebote ein, um qualifizierte Fachkräfte für die Region zu gewinnen.
5. Wir passen die existierenden sozialen und technischen Infrastrukturen an die Bevölkerungsentwicklung an und sorgen für qualitative Verbesserungen.
6. Wir entwickeln innovative und nachhaltige Mobilitätskonzepte, um die großen Zentren besser miteinander zu verbinden und um gleichzeitig die Erreichbarkeit des ländlichen Raumes zu erhalten und zu verbessern.
7. Wir orientieren uns dabei an der Regionalpolitik der Europäischen Union und der neuen Politik der regionalisierten Landesentwicklung in Niedersachsen. Im Zuge dessen werden wir die verfügbaren Fördermöglichkeiten für die Gestaltung der Daseinsvorsorge optimal nutzen.
8. Wir suchen die enge Zusammenarbeit mit dem Land Niedersachsen und wirken aktiv an der Erarbeitung des regionalen Handlungskonzeptes für unsere Region mit.
9. Insgesamt stärken wir mit einem intelligenten, kreativen und mutigen Masterplan Wohnen, Arbeit und Daseinsvorsorge unsere Position im Wettbewerb mit anderen Regionen in Niedersachsen, Deutschland und Europa.

Braunschweig, 11. März 2014

Diese Erklärung wurde im Vorfeld der Regionalkonferenz am 11.3.2014 vom ZGB vorgelegt. Die Teilnehmer stimmten der Erklärung am Ende der Veranstaltung zu.



Ausblick

Die Regionalkonferenz vom 11. März 2014 und die allgemeine Zustimmung zur Absichtserklärung sind der Anfang eines intensiven, sechsmonatigen Arbeitsprozesses. Bis zum Herbst 2014 soll ein Masterplan „Wohnen, Arbeit und Regionale Daseinsvorsorge“ für den Großraum Braunschweig erarbeitet werden, in dem die wichtigsten Themen identifiziert und Projektskizzen aufgezeigt werden. Der Masterplan dient als Input für das regionale Handlungskonzept, das vom Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung aufgestellt wird.

Masterplan als Vision und Leitbild

Der Masterplan soll als Vision und Leitbild sowie als Vorgabe für die prioritären Entwicklungsmaßnahmen dienen. Er definiert, in welchen Handlungsfeldern regionale Zusammenarbeit organisiert werden muss. Der Masterplan bringt Akteure zusammen zur gemeinsamen Entwicklung von förderfähigen Anpassungsstrategien und Projekten in diesen Handlungsfeldern, die sowohl kurz- als langfristig greifen. In diesem Sinne liefert er den Kommunen und Kreisen im Verbandsgebiet konkrete Arbeits-, Entscheidungs- und Handlungsgrundlagen, um mit intensivierter interkommunaler und regionaler Zusammenarbeit die Zukunftsaufgabe „Bewältigung des demographischen Wandels“ aktiv gestaltend angehen zu können.

Ein solcher Masterplan soll keinesfalls in Konkurrenz zu z.B. gesetzlich normierten Planwerken (Nahverkehrsplan, Jugendhilfeplan, Schulentwicklungsplan etc.) treten. Die Strategie soll vielmehr als informeller Plan und Prozess verstanden werden, losgelöst von engen rechtlichen Vorgaben eines Genehmigungsverfahrens.

Zeitplan

Ende April findet eine erste „Vollversammlung“ aller Akteure statt, die an dem Masterplan mitarbeiten wollen. Ziel dieses Treffens ist es, die zu bearbeitenden Themen festzulegen und entsprechende Arbeitsgruppen zu bilden. Bis Ende August treffen sich diese Arbeitsgruppen zwei- bis viermal. Im September werden in einer zweiten Vollversammlung die Ergebnisse zusammengeführt. Bis Ende September erarbeitet der ZGB auf dieser Grundlage eine erste Version des Masterplanes, die dem Landesbeauftragten zur Verfügung gestellt wird. (Abb. 5)

Es wird angestrebt, dass die Arbeitsgruppen über diesen Zeitraum hinaus aktiv bleiben und eine Plattform für den Informationsaustausch und die Durchführung gemeinsamer Projekte bilden.



Abb. 5: Arbeitsplan für den Masterplan

Projektbeschreibung

Angesichts der drängenden Herausforderungen des demographischen Wandels und den daraus resultierenden Handlungsbedarfen auf kommunaler Ebene initiierte der Zweckverband Großraum Braunschweig 2011 mit Förderung des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung das Modellprojekt „Weg(e)weiser Demographie – Zukunft aktiv gestalten“. Das Modellprojekt sollte:

- ▶ den Kommunen im Verbandsgebiet konkrete Arbeits- und Handlungsgrundlagen liefern, um mit intensiver interkommunaler und regionaler Zusammenarbeit die Zukunftsaufgabe „Bewältigung des demographischen Wandels“ in nachfolgenden Projekten und Planungsprozessen angehen zu können oder bereits laufende Projekte unterstützen
- ▶ Bewusstsein für das Erfordernis eines innerregionalen, d.h. gemeinde- und landkreisübergreifenden Interessenausgleichs von Nutzen und Lasten der demographischen Entwicklungen schaffen,
- ▶ beispielhafte und auf andere Landesteile übertragbare Lösungsansätze im Umgang mit den Auswirkungen des demographischen Wandels und
- ▶ konkrete Ergebnisse liefern, die direkt in die Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RRÖP) des ZGB einfließen und so dazu beitragen können, dass das RRÖP Leitlinien für eine nachhaltige Regionalentwicklung vorzeichnet.

Projektmodule

Zur Erreichung dieser Ziele dienten folgende Module des Modellprojektes:

Modul 1: Bestandsaufnahme

Zunächst wurde mit Hilfe eines externen Auftragnehmers eine Bewertung der Ausgangslage seit dem Jahr 2000 in der Region vorgenommen. Dabei wurden auch Erfahrungen und Best-Practice-Beispiele aus Niedersachsen und anderen Bundesländern berücksichtigt.

Modul 2: Veranstaltungsreihe

Kernstück des Modellprojektes war ein rund sechsmonatiger Sensibilisierungs- und Mobilisierungsprozess mit Fachveranstaltungen, Foren und Workshops unter Einbezug der interessierten Kommunen des Verbandsgebietes. Dabei standen Anforderungen, die sich aus den sich verändernden Rahmenbedingungen (Schrumpfung, Alterung) ableiten lassen, im Mittelpunkt des Interesses. In den intensiven Diskussionen im Rahmen dieses Sensibilisierungs- und Mobilisierungsprozesses konnten viele wichtige Erkenntnisse und mögliche Handlungsoptionen im Umgang mit dem demographischen Wandel entwickelt werden. Ausgelotet wurde auch, wo, in welcher Konstellation und mit welchen Zielsetzungen die gesamte Region betreffende und/oder teilräumliche Umsetzungsprojekte unter dem strategischen Ansatz „Neue Handlungsspielräume durch interkommunale und regionale Zusammenarbeit schaffen“ konkret entwickelt und auf den Weg gebracht werden können.

Die Auftaktveranstaltung wurde am 24.03.2011 in Braunschweig mit ca. 150 Teilnehmenden durchgeführt. Die Resonanz auf das Veranstaltungsangebot war insgesamt sehr gut. Die Fachworkshops zählten jeweils zwischen 70 und 100 Teilnehmende.

Im Mittelpunkt des ersten Workshops am 29.09.2011 in Wolfenbüttel stand das Thema „Innenentwicklung“. Der zweite Workshop am 03.11.2011, ebenfalls in Wolfenbüttel, widmete sich den Folgen des demographischen Wandels für die Infrastrukturen. Die „Förderung von Um- und Rückbauprojekten bzw. –prozessen durch Bund und Land“ bildete den Themenschwerpunkt des dritten Workshops am 01.12.2011 in Braunschweig.

In den Diskussionen wurde sehr deutlich, welche hohe Bedeutung die Akteure der Thematik beimessen und wie groß der Bedarf nach einem fachlichen Austausch ist.

Die Abschlussveranstaltung am 9.2.2012 in Braunschweig stand deshalb sehr bewusst unter dem Motto „BILANZ UND BLICK NACH VORN“.

Modul 3: Internet-Plattform

Im Rahmen des Modellprojektes wurde durch den die regionale Klammer für das Modellprojekt bildenden ZGB mit dem Aufbau einer internetgestützte Informations- und Kommunikationsplattform begonnen. Der ZGB versteht sich dabei gleichermaßen als regionaler Akteur, als Unterstützer der Regionalentwicklung und als Dienstleister für seine Verbandsglieder, für Kommunen und sonstige Fachbehörden.

Als Kernstück der Informations- und Kommunikationsplattform entstand auf der Webseite des ZGB (www.zgb.de) das Statistik-Portal. Im Portal wurden zum Start in erster Linie regionsspezifische Informationsangebote rund um das Thema „Demographischer Wandel“ (Bevölkerungsentwicklung, Bevölkerungsprognosen, Entwicklung der Haushalte, Wohnungsbestand) eingestellt. Das Portal soll der Informationsvermittlung, dem -austausch, der Erhöhung von Transparenz und der Abstimmung von Planungsprozessen in der Region dienen. Adressaten dieses Portals sind gleichermaßen Bürger und Bürgerinnen sowie Kommunen und sonstige planende Verwaltungen.

Ergebnisse des Weg(e)weiserprojektes

Im Laufe des Projektes ist eine Fülle an Erkenntnissen über den demographischen Wandel im Großraum Braunschweig erarbeitet worden. Die folgenden Seiten fassen die Ergebnisse zusammen. In einigen Bereichen sind seit dem Abschluss des Projektes neue Daten veröffentlicht worden, bzw. haben neue Entwicklungen stattgefunden. Die Ergebnisse wurden entsprechend aktualisiert, damit sie auch jetzt noch relevant sind als Grundlage für die Erstellung eines Masterplanes.

Ausgangsbedingung Wirtschaft

Starke Unternehmen und aktive, leistungsfähige Arbeitnehmer werden immer mobiler. Sie konzentrieren sich dort, wo sie die besten Standortbedingungen vorfinden. Es besteht deshalb ein starker Zusammenhang zwischen der Wirtschaftskraft einer Region und der demographischen Entwicklung. Einerseits hat eine Region, die attraktive Arbeitsplätze bietet, bessere Chancen, die Bevölkerungsschrumpfung in Grenzen zu halten. Andererseits müssen Unternehmen sich um ihren Fachkräftenachwuchs sorgen. Einer aktuellen Studie zufolge führt der Fachkräftemangel im niedersächsischen Mittelstand bereits jetzt zu Umsatzausfällen von jährlich 3,5 Milliarden Euro⁸. Laut Vorausberechnungen steigt der Unterschied zwischen der „Nachfrage“ und dem „Angebot“ von Arbeitskräften bis 2030 stark an⁹.

Um die derzeitige und künftige demographische Entwicklungen im Großraum Braunschweig zu verstehen, ist es daher wichtig, die Wirtschaftsstruktur der Region genauer zu betrachten.

Der Großraum Braunschweig ist stark im produzierenden Gewerbe

Der Großraum Braunschweig wird in erheblichem Maße durch das produzierende Gewerbe geprägt: sein Anteil an der Gesamtwertschöpfung von mehr als 40 % ist unter den deutschen Verdichtungsräumen der höchste Wert¹⁰. Innerhalb dieser sektoralen Fokussierung auf das produzierende Gewerbe besteht eine starke Spezialisierung auf die Mobilitätswirtschaft, dominiert durch den Fahrzeugbau: Fast 20 % der Beschäftigten im Großraum Braunschweig sind in dieser Branche tätig, während deren Anteil im bundesweiten Durchschnitt bei nur ca. 3 % liegt. Weitere wichtige Branchen neben diesem primären Standbein stellen die Elektrotechnik und der Maschinenbau

8 Niedersachsens Mittelständler von Nachwuchssorgen geplagt, Braunschweiger Zeitung (4. Februar 2014), Bericht zum „Mittelstandsbarometer 2014“ der Beratungsgesellschaft Ernst & Young.

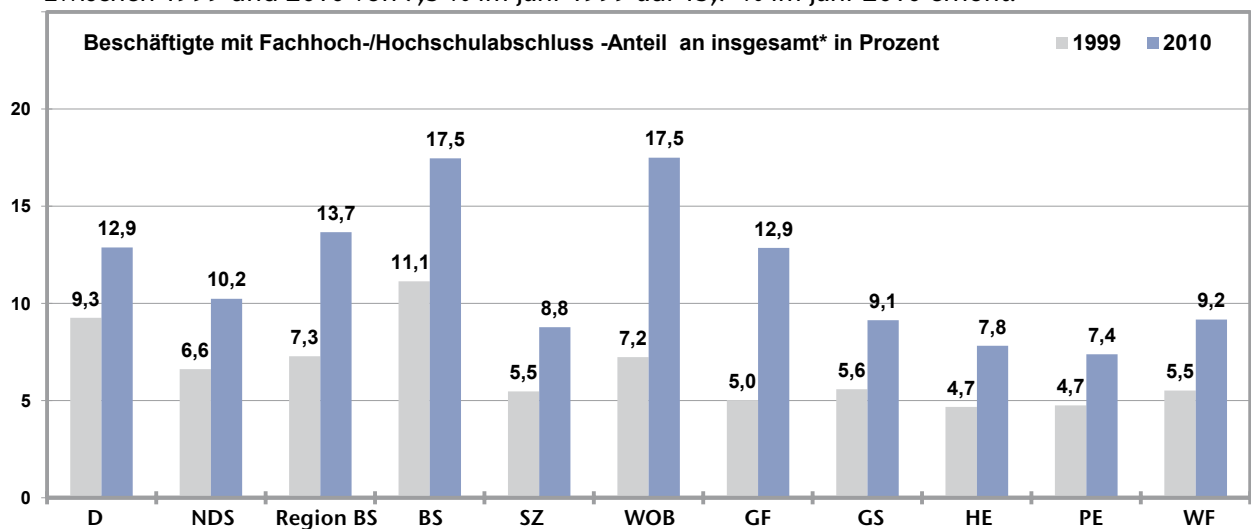
9 Vgl. die nachfrageseitige NBank-Erwerbstätigenprojektion der CIMA (2012/13) und „Demografischer Wandel in Deutschland – Auswirkungen auf die Zahl der Erwerbspersonen“, eine angebotsorientierte Vorausberechnung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (2009).

10 Hans-Ulrich Jung (2008) Die Position der Region Braunschweig im wirtschaftlichen und demographischen Wandel, Hannover: NIW. Studie im Auftrag der Industrie- und Handelskammer Braunschweig

dar. Gegenüber dieser ausgeprägten Stärke im industriellen Sektor ist der Dienstleistungssektor im Verbandsgebiet – entgegen dem bundesweiten Trend – deutlich schwächer repräsentiert. Dabei zeigt sich aber, dass dies vor allem für konsumorientierte Dienstleistungen gilt, während die Region auch bei Forschung und Entwicklung (FuE) sowie technischen Ingenieurdienstleistungen sehr gut aufgestellt ist.

Der Großraum Braunschweig verfügt über einen großen Anteil wissenschaftsintensiver Wirtschaftszweige

In dem weit überdurchschnittlichen Anteil wissenschaftsintensiver Wirtschaftszweige in der Region besteht eine große Chance: Wie Berechnungen der NORD/LB¹¹ zeigen, ist vor allem im verarbeitenden Gewerbe der Anteil Beschäftigter in diesem Sektor beträchtlich, d.h. mit fast 25 % mehr als doppelt so groß wie im niedersächsischen und auch bundesweiten Durchschnitt. Der sehr hohe Anteil wissenschaftsintensiver Industrien steht auch im Zusammenhang mit einem sehr starken Zuwachs an Beschäftigten mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss an der Gesamtbeschäftigung der Region (Abb. 6). Deren Anteil ist insbesondere in den letzten Jahren stark angestiegen und hat sich laut Nord/LB zwischen 1999 und 2010 von 7,3 % im Jahr 1999 auf 13,7 % im Jahr 2010 erhöht.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. -Berechnungen der NORD/LB.

*) Ohne: Ausbildung unbekannt.

Abbildung 6: Die Hochqualifiziertenquote der Region Braunschweig lag bereits 2010 über den landes- und bundesweiten Durchschnitt. Bei genauerer Betrachtung sind aber große Unterschiede innerhalb der Region zu erkennen. (Quelle: NORD/LB Regionalwirtschaft, Dr. Arno Brandt, Vortrag beim 3. Workshop des Weg(e)weiserprojektes am 1. Dezember 2011 in Braunschweig)

Dabei werden von den Unternehmen der Region umfangreiche FuE-Aufwendungen getätigt. Bereits im Jahr 2007 waren diese laut NORD/LB mit 6,8 % des Bruttoinlandsprodukt (BIP) annähernd dreimal so hoch wie im deutschen Durchschnitt und damit auch höher als in vielen anderen europäischen Wirtschaftsregionen (Abb. 7). Neben der Hochqualifiziertenquote sind gerade diese FuE-Investitionen ein Faktor, der sich positiv auf die wirtschaftlichen Entwicklungschancen einer Region auswirken kann. Hinzu kommen die wirtschaftsnahe Ausrichtung vieler Studiengänge an den Hochschulen der Region, insbesondere in den Ingenieurwissenschaften, sowie eine überaus starke Forschungsinfrastruktur.

Die Region hat das Potenzial, den Fachkräftemangel zu bekämpfen

Vor diesem Hintergrund stellen die im Großraum Braunschweig vorhandenen Standortfaktoren, insbesondere die Forschungsinfrastruktur, wirtschaftsnahe Bildungseinrichtungen und hochqualifizierte Beschäftigung, Potenziale dar, die bei gezielter Nutzung die Attraktivität der Region für Fachkräfte und Unternehmen erhöhen können. Das Verbandsgebiet verfügt damit über Stärken, in denen erhebliche Chancen für die Profilierung der Region in der Wissensökonomie liegen. Hier ist auch die Bildungszuwanderung zu nennen, die es zu erhalten und auszubauen gilt.

¹¹ Die ökonomische Positionierung der Region Braunschweig, Vortrag von Dr. Arno Brandt (Nord/LB Regionalwirtschaft) beim 3. Workshop des Weg(e)weiserprojektes am 1. Dezember 2011 in Braunschweig

Zur Sicherung der Innovationsfähigkeit der Region, die sich auf die genannten Standortfaktoren gründet, liegt der Fokus dabei auf den in der Wissensökonomie vorhandenen Arbeitsplätzen, insbesondere in den Städten Braunschweig und Wolfsburg. Die Mobilitätswirtschaft ist aufgrund der starken Prägung der regionalen Wirtschaftsstruktur weiterhin als Grundpfeiler zu betrachten. Zudem bilden innovative Sektoren, wie Recycling, Medizintechnik, Leichtbau und Speichertechnologie weitere Stärken, auf die sich die Region zunehmend konzentrieren sollte¹². Die bereits begonnene Diversifizierung, etwa durch unternehmensbezogene Dienstleistungen oder die Freizeitwirtschaft bietet ebenfalls Ansatzpunkte für die Zukunftsorientierung der Region¹³. Eine zentrale Chance liegt demgemäß darin, Kooperationen zwischen Lehre und Forschung auf der einen Seite und der Wirtschaft (insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen) auf der anderen Seite, auszubauen.

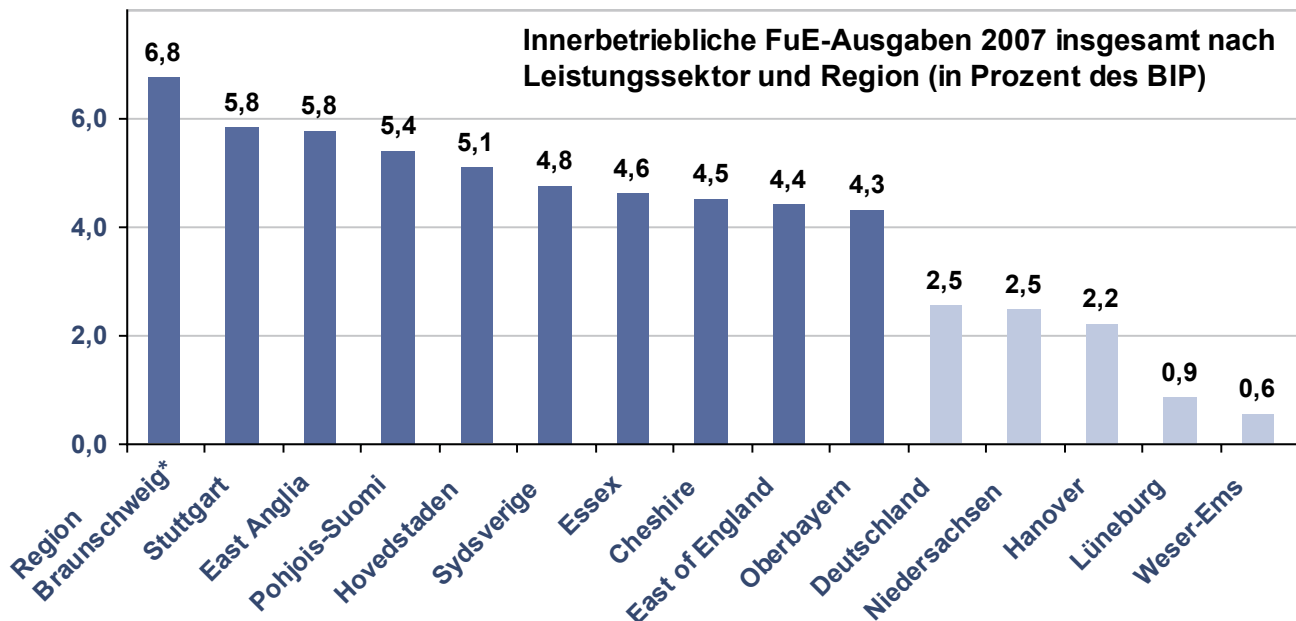


Abbildung 7 In der Region Braunschweig wird annähernd dreimal so viel in Forschung und Entwicklung investiert als im deutschen Durchschnitt. (Quelle: NORD/LB Regionalwirtschaft, Dr. Arno Brandt, Vortrag beim 3. Workshop des Weg(e)weiserprojektes am 1. Dezember 2011 in Braunschweig)

Um hier attraktive Bedingungen für Fachkräfte zu bieten, sind qualitative Lebens- und Ausbildungsmöglichkeiten ebenso von Bedeutung, wie die familienfreundliche Gestaltung der Arbeitsplätze. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Verbesserung der Position von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Die Erwerbstätigkeitsquote unter Frauen ist bundesweit nach wie vor deutlich niedriger als die unter Männern. Auch bei den Karrieremöglichkeiten (z.B. Führungspositionen) zeichnen sich immer noch signifikante Unterschiede zwischen Männern und Frauen ab. In der Verbesserung dieser Situation durch politische und unternehmerische Initiativen liegt eine große Chance und eine Qualität, mit der sich eine Region profilieren kann.

Regionale Disparitäten schwächen das regionale Profil

Trotz der insgesamt starken Wirtschaftsstruktur darf nicht übersehen werden, dass eine starke Abhängigkeit von wenigen Branchen und Unternehmen besteht¹⁴. Der Erfolg der Region gründet sich sehr stark auf die Wachstums- und Technologieschmiede Volkswagen und deren Standorte. So bilden die im ZGB zusammen geschlossenen Landkreise und kreisfreien Städte einen Raum, der durch erhebliche innerregionale Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur gekennzeichnet ist: wichtige Indikatoren lassen schwache Teilregionen erkennen, die sich im Süden des Verbandsgebietes konzentrieren. Wie eine Projektion der NBank zeigt (Abb. 8), ist insbesondere für die Stadt Salzgitter und für den Landkreis Goslar langfristig von einer Abnahme der aus gesamtwirtschaftlicher Sicht notwendigen Zahl der Erwerbstätigen auszugehen, während diese Zahl in den Städten Wolfsburg

12 Die Regionale Innovationsstrategie für Niedersachsen, Vortrag des CIMA Instituts für Regionalwirtschaft bei der Zukunftskonferenz der Staatskanzlei am 23. Oktober 2013 in Braunschweig

13 Hans-Ulrich Jung (2008) Die Position der Region Braunschweig im wirtschaftlichen und demographischen Wandel, Hannover: NIW. Studie im Auftrag der Industrie- und Handelskammer Braunschweig

14 Empirische Analyse spezifischer Handlungsbedarfe und Potenziale in der Region Braunschweig, Vortrag von Dr. Daniel Schiller (NIW) bei der Zukunftskonferenz der Staatskanzlei am 23. Oktober 2013 in Braunschweig

und Braunschweig sowie im Landkreis Gifhorn deutlich ansteigt. Im produzierenden Gewerbe, das in der Region eine überdurchschnittlich wichtige Rolle spielt, ist bis 2030 nach Angaben der NBank in allen Kreisen und Städten bis auf Wolfsburg mit einer Abnahme der notwendigen Beschäftigtenzahl zu rechnen¹⁵.

Auch bei der Hochqualifiziertenquote zeigt sich ein Nord-Süd-Gefälle, indem sich die Steigerung in den vergangenen Jahren vorrangig in Braunschweig, Wolfsburg und Gifhorn vollzogen hat, in den übrigen Landkreisen aber weitaus geringer war (s. Abb. 6 Seite 19).

Das Bild der innerregionalen Disparitäten wird bestätigt durch den Zukunftsatlas 2013 der Prognos AG¹⁶, der auf der Grundlage einer Vielzahl an Indikatoren die Zukunftschancen aller deutschen Städte und Kreise illustriert (Abb. 9).

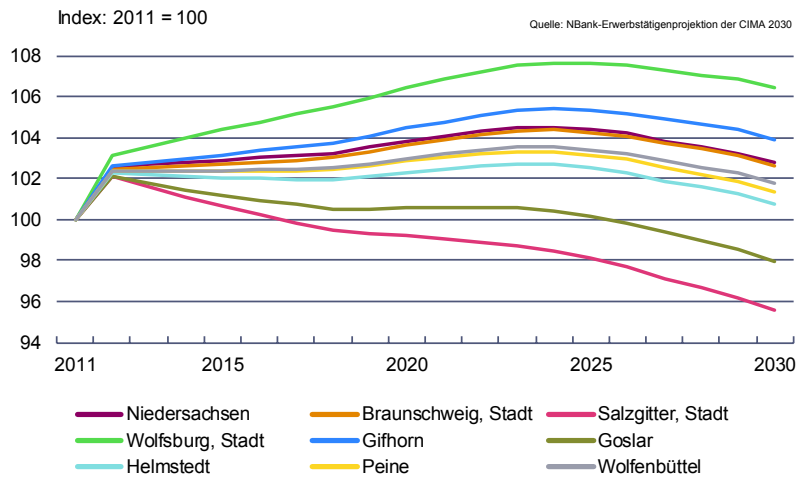


Abbildung 8 In Salzgitter und Goslar sinkt mittel- bis langfristig die aus gesamtwirtschaftlicher Sicht notwendige Anzahl der Erwerbstätigen (Quelle: NBank Erwerbstätigenprojektion 2030 der CIMA)

Diese Disparitäten können zunehmend zum Problem werden, wenn im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung der Fachkräftemangel sich durchsetzt. Die Region muss deshalb offensiv und kooperativ ihre Potenziale bündeln, um die Chancen ihrer sehr guten Ausgangslage nachhaltig zu nutzen.

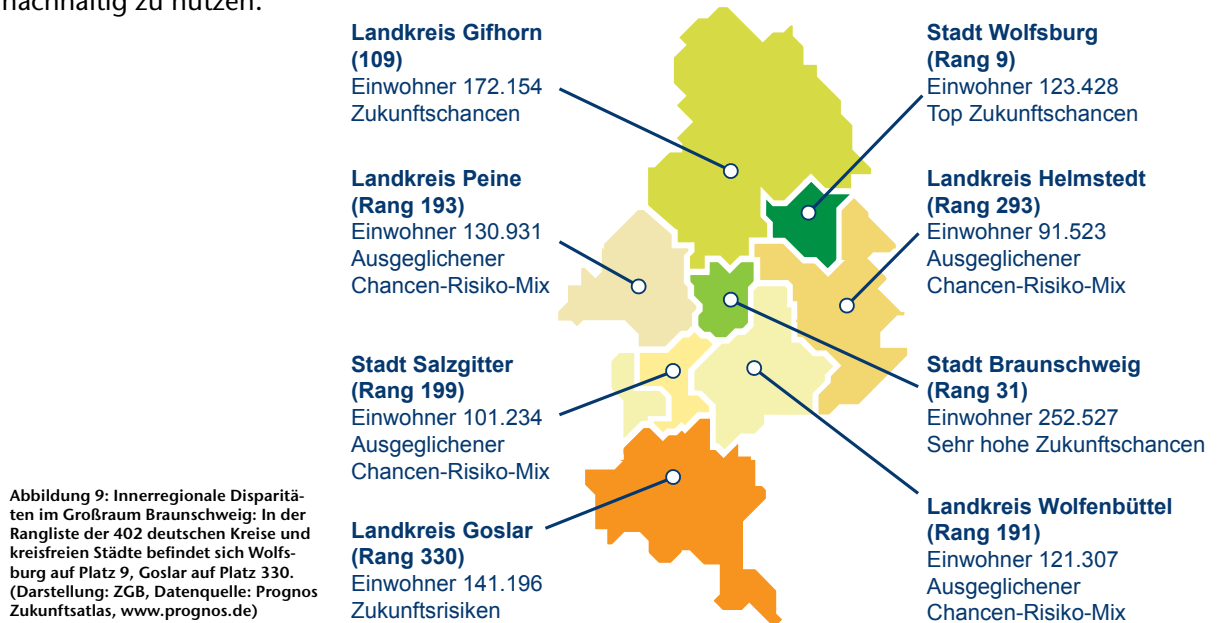


Abbildung 9: Innerregionale Disparitäten im Großraum Braunschweig: In der Rangliste der 402 deutschen Kreise und kreisfreien Städte befindet sich Wolfsburg auf Platz 9, Goslar auf Platz 330. (Darstellung: ZGB, Datenquelle: Prognos Zukunftsatlas, www.prognos.de)

Fazit:

Die Region verfügt über ein sehr starkes wirtschaftlich-technologisches Potenzial. Für eine nachhaltige Entwicklung müssen jedoch die innerregionalen Disparitäten ausgeglichen werden.

¹⁵ NBank-Erwerbstätigenprojektion der CIMA. Veröffentlicht in: Hämker, Sebastian und Koschitzki, Robert (2013) Wohnen in Niedersachsen 2012-2030: Investieren in zukunftssichere Bestände. Wohnungsmarktbeobachtung 2012/2013. Hannover: NBank.

¹⁶ www.prognos.com/zukunftsatlas

Das Bildungssystem

Bildung bestimmt entscheidend die Zukunftschancen eines jeden Menschen. Zunehmend wählen Familien ihren Wohn- und Lebensstandort danach, welche Bildungsangebote ihren Kindern geboten werden. Gerade in einer Region mit einer steigenden Anzahl älterer Einwohner und einem sinkenden Anteil an Kindern und Jugendlichen ist die Schaffung von optimalen Lebens- und Bildungsbedingungen unabdingbar, um ein attraktives Umfeld für Familien zu schaffen. Zugleich ist Bildung das wichtigste Potenzial einer technologieorientierten Wirtschaft.

Deshalb kommt dem Bildungsangebot auf allen Ebenen ganz zentrale Bedeutung zu. Der Fokus sollte dabei vor allem darauf liegen, möglichst allen Kindern und Jugendlichen eine qualifizierte Bildung zu ermöglichen und ein „durch das Netz fallen“ zu vermeiden. Es gilt also, (Jugend) Arbeitslosigkeit infolge von mangelnden Grundqualifikationen zu begegnen und gleichzeitig dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, zum Beispiel durch weitere Steigerung der Berufstätigkeit von Frauen.

Der Demographische Wandel gefährdet das Schulwesen

Tendenziell wird das Bildungsangebot bei demographisch bedingt sinkender „Nachfrage“ eher reduziert als verbessert. Im Landkreis Gifhorn sinkt der Anteil von Kindern und Jugendlichen (unter 18 Jahre) beispielsweise von 18,7 (2011) auf 14,8 % (2030). Im gesamten Großraum (mit Ausnahme der Städte Braunschweig und Wolfsburg) zeichnen sich ähnliche Trends ab¹⁷. Schulen in kleineren Orten sind dadurch möglicherweise nicht mehr aufrechtzuerhalten, Schüler müssen immer weitere Strecken zur Schule fahren.

Berufsbildung und Hochschulen hängen eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen

Auch die Berufsbildungs- und (Fach-)Hochschulstandorte in der Region sind möglicherweise vom demographischen Wandel betroffen. Da die Hochschulen im Großraum Braunschweig sehr wirtschaftsnah ausgerichtet sind, hätte das auch Auswirkungen auf die Unternehmen und damit auch auf die regionale Wirtschaftsentwicklung. So verändert sich die Altersstruktur innerhalb der Unternehmen und zugleich fehlt den Unternehmen der Fachkräftenachwuchs - insbesondere Ingenieure, medizinisches Personal und IT-Spezialisten. Das erfordert auf betrieblicher Ebene geeignete personalwirtschaftliche Lösungen. Zugleich aber ist auch die Region gefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Region im Bereich des Erfolgs- und Standortfaktors „Humankapital“ zu erhalten und weiter auszubauen.

Der demographische Wandel führt also dazu, dass das Bildungssystem auf allen Ebenen überprüft werden muss, um nach dem Motto „Stärken stärken“ das regionale Bildungsangebot weiter auszubauen und als Imagefaktor zu nutzen.

Fazit

Infolge des demographischen Wandels wird es schwieriger, das regionale Bildungsangebot zu erhalten. Gleichwohl wird es für die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit der Region immer wichtiger. Eine Stärkung des Bildungsangebots auf allen Ebenen ist daher gefragt.

¹⁷ Berechnung des ZGB auf Basis der NBank-Bevölkerungsprognose der CIMA

Die Gesundheitsvorsorge

Eine angemessene Versorgung mit Haus- und Fachärzten – bei guter Erreichbarkeit, auch mit dem ÖPNV – wird bundesweit in ländlichen Regionen immer schwieriger. Und infolge des steigenden Durchschnittsalters der Ärzte wird sich diese Situation in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Insbesondere außerhalb der zentralen Orte bedeutet die Schließung einer Arztpraxis häufig, dass kein Arzt mehr am Wohnort erreichbar ist.

Der absehbare Mangel an Hausärzten schwächt die Attraktivität als Wohnstandort insbesondere für Familien und Ältere.

Dies stellt vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung eine erhebliche Verschlechterung der Versorgungssituation und Lebensqualität dar. Dabei ist zu bedenken, dass der Versorgungsgrad Arzt / Einwohner in den ländlichen Regionen noch wenig über die tatsächliche Erreichbarkeit gerade für ältere Menschen aussagt. Zusammen mit dem gleichzeitig wachsenden Mangel an Pflegekräften führt dies zu der Gefahr, dass ländliche Gemeinden weiter an Attraktivität verlieren und ältere Menschen zu früh in stationäre Einrichtungen wechseln. Aber auch Familien mit Kindern werden Wohnstandorte ohne gute ärztliche Versorgung meiden.

Die Herausforderungen müssen gemeinsam angegangen werden

Die wesentlichen Herausforderungen zur Sicherung der medizinischen Grundversorgung bestehen deshalb darin,

- ▶ Ärzte in der Region zu halten und Ärzte für die Region zu gewinnen,
- ▶ sie in eine möglichst flächendeckende Versorgung einzubinden,
- ▶ die ärztliche und insbesondere fachärztliche Versorgung durch Konzentration (in den zentralen Orten) mit den erforderlichen Behandlungskapazitäten zu sichern und
- ▶ bedarfsgerechte Zugangsmöglichkeiten zu medizinischen Versorgungsleistungen zu erhalten und zu stärken (z.B. durch Hausbesuche, ÖPNV-Angebote).

Dazu ist es nötig,

- ▶ die Berechnungsgrundlagen der bisherigen Bedarfsplanung zu überprüfen.
- ▶ die Kommunikationswege und –Möglichkeiten zwischen den an der medizinischen Versorgung beteiligten Stellen zu verbessern und
- ▶ einen politisch-normativen Diskurs darüber zu initiieren, wie die medizinische Grundversorgung auch in Zukunft sichergestellt werden kann.

Diese teilweise grundsätzlichen Anpassungen des Gesundheitsvorsorgesystems sind weder für einzelne Kommunen noch für Landkreise zumutbar. Deshalb ist gerade in diesem Bereich Zusammenarbeit innerhalb des Großraums Braunschweig notwendig.

Fazit

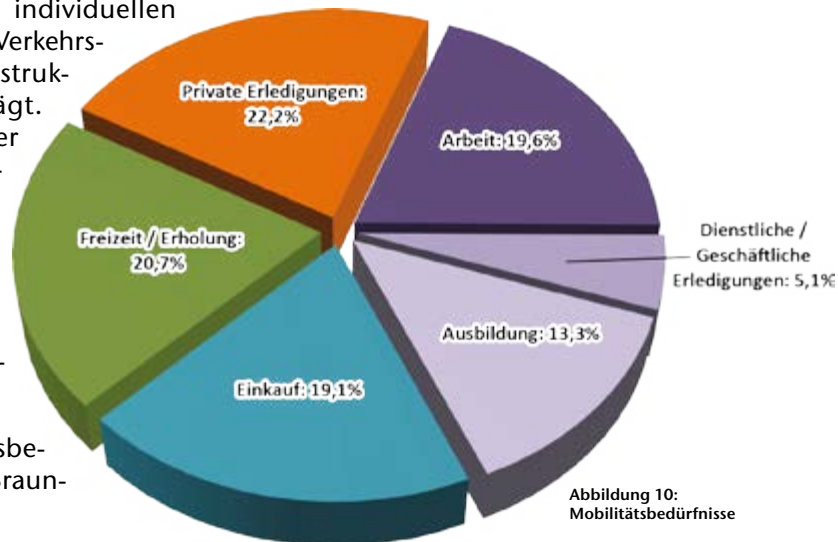
Die demographisch bedingten Aufgaben im Bereich Gesundheit kann keine Gemeinde allein erfüllen. Erforderlich ist eine kooperative regionale Strategie

8 Mobilität und ÖPNV

Mobilität steht für Beweglichkeit, hier für die Möglichkeit, Ortsveränderungen vornehmen zu können. In unserer Gesellschaft stellt die Mobilität in diesem Sinne eine Grundbedingung zur Sicherung einer guten Wohn- und Lebensqualität dar. In einer stark vom Fahrzeugbau geprägten Region ist eine hohe Mobilität zugleich ein regionales Markenzeichen.

Aus den Ortsveränderungen entsteht Verkehr, der vorwiegend auf Straßen und Schienen abgewickelt wird. Die Ausprägung des Verkehrs wiederum ist abhängig von den Siedlungsstrukturen und den individuellen Fahrtzwecken. So sind in der Region die Verkehrsleistungen entsprechend der Siedlungsstrukturen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Hohe Verkehrsleistungen innerhalb der Region zwischen den Oberzentren Braunschweig, Salzgitter, Wolfsburg und deren Speckgürtel sowie dem Mittelzentrum Wolfenbüttel stehen geringere Verkehrsleistungen in den schwächer besiedelten Gebieten der Landkreise Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel gegenüber (Abb. 11).

Die derzeitige Verteilung der Mobilitätsbedürfnisse der Bewohner im Großraum Braunschweig zeigt Abb. 10 (Grafik rechts).



Während der Berufs- und Schülerverkehr seine Dominanz in der Gesamtschau der Verkehrszwecke verloren hat, haben Freizeit- und Gelegenheitsverkehr in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Dieser Trend ist verbunden mit entsprechenden Auswirkungen auch auf das ÖPNV-Angebot. Durch das Zurückgehen der Schülerverkehre stellt sich zudem – insbesondere im ländlichen Raum – zunehmend die Frage der Finanzierung von ÖPNV-Leistungen. Insofern ist die aktuelle Situation auf der einen Seite gekennzeichnet von einer stetigen Nachfragesteigerung auf den schon heute starken Relationen. Auf der anderen Seite führen sinkende Fahrgastzahlen in der Fläche – auch vor dem Hintergrund fehlender Finanzierungsmittel – zu weiteren Ausdünnungen des Bedienungsangebotes. Diese Entwicklung geht einher mit sinkenden Schülerzahlen, einer Konzentration der Schulstandorte und daraus folgenden längeren Schulwegen sowie einer deutlichen Zunahme der Gruppe älterer Menschen.

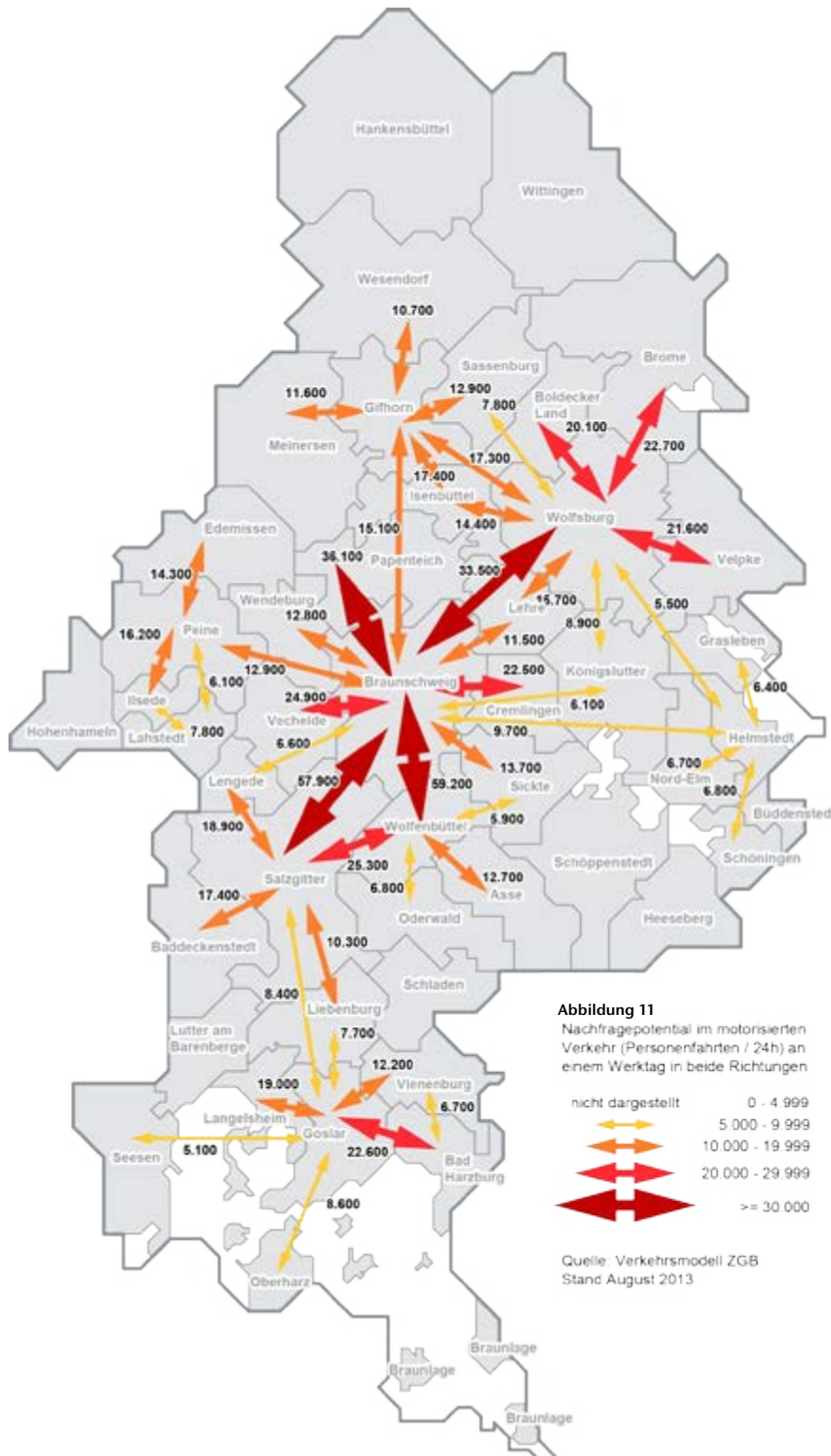
Daraus resultieren für eine Flächenregion mit einer sich unterschiedlich entwickelnden Bevölkerung zentrale Fragen nach der zukünftigen Ausgestaltung und Finanzierung des ÖPNV:

- ▶ Was soll / kann der ÖPNV 2030 noch leisten?
- ▶ Was sind passende Systeme für unseren Raum (ZGB / Teilräume)?
- ▶ Welche Qualitätskriterien sollen bzw. können angesetzt werden?

Deshalb sollte ein langfristig gültiger regionaler Verkehrsentwicklungsplan, der alle Verkehrsmittel (ÖPNV auf Schiene und Straße, PKW und Fahrrad) umfasst, mit thematisch erweiterten Gesichtspunkten erarbeitet werden. Dieser würde eine wesentliche Grundlage für den gesetzlich definierten Nahverkehrsplan bilden, der ausschließlich den ÖPNV umfasst und 5 Jahre Geltung hat. In diesem Zusammenhang gilt es u. a. folgende Fragestellungen zu behandeln:

- ▶ Wie kann / soll Mobilität in der Perspektive bis 2030 organisiert werden (z. B. verstärkter Einsatz von flexiblen Bedienformen)?
- ▶ Wie können die einzelnen Verkehrsmittel insbesondere unter Ausdünnungstendenzen sinnvoll miteinander verknüpft werden (Bildung von Reiseketten)?
- ▶ Wie können mobile Dienste (im weitesten Sinne) einbezogen werden?
- ▶ Welche Rolle kann E-Mobilität spielen?

- ▶ Letztlich daraus abgeleitet: Welche neuen Maßgaben / Philosophien und daraus abgeleitete Maßnahmen müssen im neuen Nahverkehrsplan zum Tragen kommen?



Fazit
Neue Konzepte sind gefragt, um langfristig Mobilität für alle zu sichern.

Die Siedlungsentwicklung

Viele Gemeinden müssen sich (zumindest mittelfristig) auf eine schrumpfende oder jedenfalls stagnierende Bevölkerungszahl einrichten und fast alle Gemeinden werden mit einer deutlichen Alterung ihrer Bevölkerung konfrontiert werden. Dies hat folgende direkte Konsequenzen für eine zukunftsfähige Siedlungsentwicklung:

In Folge der demographischen Entwicklung schrumpft die Hauptzielgruppe für Neubaugebiete, „junge Familie mit Kind“, drastisch. Zugleich kommen immer mehr Häuser älterer Menschen (sog. „goldene-Hochzeits-Gebiete“) auf den Markt. In der Folge ist vielerorts ein Überangebot an Einfamilienhäusern absehbar.

In dieser Situation kann die Neuausweisung von Einfamilienhausgebieten für die Kommunen zu einem riskanten Abenteuer werden. Und für die Eigentümer von Bestandsimmobilien kann dieses Überangebot dazu führen, dass das eigene Haus erheblich an Wert verliert.

Die demographische Entwicklung ist eng verbunden mit einer dynamischen Veränderung der Wohnbedürfnisse. Zu erwarten ist eine steigende Wohnraumnachfrage älterer Menschen und vor allem auch von Singlehaushalten, die eine Nähe zu Dienstleistungsangeboten und sozialen Kontakten suchen und sich nicht mit dem Unterhalt eines Eigenheimes belasten können oder wollen. Die älteren Ein- bis Zwei-Personenhaushalte werden dabei vermehrt seniorengerechten Wohnraum und Betreuungsangebote nachfragen. Angebote für diese Zielgruppen lassen sich im Bestand weit günstiger und nachfragegerechter verwirklichen als durch Neubaumaßnahmen am Ortsrand.

Aufgrund der Verkleinerung der Haushaltsgrößen (weniger große Familien, mehr Ein- und Zwei-Personen-Haushalte) sowie steigenden Qualitätsansprüchen und entsprechendem Ersatzbedarf gibt es auch in den kommenden Jahren trotz einer insgesamt rückläufigen Bevölkerungszahl einen Bedarf für Wohnungsneubau. Dieser wird aber deutlich geringer ausfallen, als zum Beispiel in den 90er Jahren, und vor allem wird der Bedarf auf andere Haus- und Wohnungstypen abzielen.

In der Region Großraum Braunschweig treten diese Auswirkungen bereits deutlich zutage. Die Vermarktung neuer Baugebiete stagniert, Wohnungsleerstände werden zu einem offenkundigen Problem und die Preise für Wohnimmobilien gehen deutlich zurück. Nicht selten wird diese Entwicklung begleitet von baulichem Verfall, sozialen Problemen und einem beschleunigten Infrastrukturabbau. Es besteht Unsicherheit, an welchen Standorten noch sicher in Immobilien investiert werden kann. Vor allem in Orten mit 200 bis 500 Einwohnern die weit von Zentren entfernt sind, zeigen sich diese Phänomene signifikant.

Innenentwicklung ist eine Chance für Zukunftsfähigkeit

Die Handlungsfelder Flächenentwicklung und Wohnen bieten in besonderem Maße die Chance, durch frühzeitige Anpassungsmaßnahmen die langfristige Sicherung bedarfsgerechter Infrastrukturangebote zu schaffen. Die entscheidende Stellschraube ist dabei eine klare Prioritätensetzung für Innenentwicklung.

Dabei bietet Innenentwicklung Städten und Gemeinden neue Chancen für eine zukunftsgerichtete, bauliche Entwicklung. Innenentwicklung soll insbesondere zu einer aktiven (Wieder-) Nutzung sowie Inwertsetzung brachliegender oder nur ungenügend genutzter Potenziale führen.

Diesbezüglich ist Innenentwicklung kein Dogma, sondern vielmehr eine Chance für eine zukunftsfähigere Ortsentwicklung. Sie schließt andere Entwicklungen nicht aus und eröffnet gleichzeitig zusätzliche Handlungsoptionen. Innenentwicklung bedeutet nicht bauliche Verdichtung um jeden Preis, sondern eine aktive Ausnutzung der Potenziale für die gemeindliche Entwicklung, die durchaus auch eine bewusste Betonung von Freiräumen bedeuten kann. Innenentwicklung bedeutet nicht nur die Schließung von Baulücken, sondern auch die Beschäftigung mit den Bebauungsbeständen.

Innenentwicklung stärkt Besonderheiten und fördert Lebendigkeit

Jede Kommune hat ihre Besonderheiten. Qualitätsvoll ist eine Innenentwicklung, wenn es gelingt, diese Besonderheiten zu stärken und eine Kommune lebendig zu gestalten. Das heißt beispielsweise Ortszentren ihre Lebendigkeit zurückzugeben oder durch Leerstände bedingte Attraktivitätsverluste auszugleichen. Wohnquartieren, die fast zeitgleich eine Alterung ihrer Bewohner erleben eine neue Perspektive zu geben oder ältere Quartiere mit einer zeitgemäßen Ausstattung zu versehen und sie damit wieder „marktfähig“ zu machen.

Dabei muss man allerdings realistisch davon ausgehen, dass nicht jeder Leerstand beseitigt, nicht jede Immobilie erfolgreich nachgenutzt und auch nicht jedes Quartier revitalisiert werden kann. Eine bedarfsgerechte Innenentwicklung setzt auch Konzentration auf die entwicklungsfähigen Standorte und die Bereitschaft zum Rückbau nicht zukunftsfähiger Standorte und Infrastrukturen voraus.

Kooperation macht Flächenpolitik sicherer

Grundsätzlich kann jede Gemeinde für sich Innenentwicklungspotenziale erheben, bewerten und aktivieren. Es spricht jedoch einiges dafür, sich mit den Nachbarkommunen zusammen zu tun:

- ▶ Im Rahmen einer interkommunalen Kooperation kann der regionale Wohnungsneubaubedarf abgeschätzt werden.
- ▶ Eine begrenzte Nachfrage erfordert eine aktive Bestandsentwicklung, die regional abgestimmt besser funktionieren kann.
- ▶ In regionalem Schulterschluss lassen sich insbesondere für nachhaltige Aktivierungs- und Vermarktungsstrategien geeigneten Maßnahmen besser konzipieren, finanzieren und umsetzen.
- ▶ Ein regional abgestimmtes Vorgehen schafft hier nicht nur größere Planungssicherheit, sondern kann auch Kosteneinsparungen (z.B. bei Aufträgen für Bestandserhebungen, Dokumentations- und Informationsmaßnahmen) ermöglichen.

Im Weg(e)weiser-Projekt stellte sich heraus, dass die Kommunen im Großraum Braun-schweig Innenentwicklung als wichtige Aufgabe betrachten und auch bereit sind, entsprechend zu handeln (Abb. 12). Eine regionale Wohnungsmarktbeobachtung, ein gemeinsames Leerstandmanagement, die Einrichtung einer Projektbörse mit Nachnutzungsbeispielen und die Schaffung von Anreizen zur autonomen Ver- und Entsorgung sind Beispiele von gemeinsamen Aktionen, die Kommunen helfen können, die Innenentwicklung voranzutreiben.

Innenentwicklung funktioniert nur mit den Bürgerinnen und Bürgern

Innenentwicklung ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die alle betrifft. Alle heißt: Bürgerinnen und Bürger, politisch Engagierte, Bauherren und Grundstückseigentümer und natürlich die Verantwortlichen in der Verwaltung. Wer erfolgreich Innenentwicklung fördern und betreiben will, muss alle Akteure mit auf den Weg nehmen.

Fazit

Innenentwicklung kann Siedlungsstrukturen trotz demographischem Wandel stärken. Das geht nur, wenn Kommunen untereinander und mit ihren Bürgern zusammenarbeiten.

Die technische Infrastruktur

Unter dem Einfluss der demographischen Entwicklung stellt die Bereitstellung und Sicherung technischer Infrastrukturen, beispielsweise solcher der Wasserver- und entsorgung, gerade ländlich gelegene (Flächen-) Gemeinden vor besondere Herausforderungen.

Die demographische Entwicklung setzt auch die technische Infrastruktur unter Anpassungsdruck.

Die demographische Entwicklung erweist sich im Bereich der technischen Infrastruktur bereits heute als Kostenfalle. Schleichende Effizienzverluste und steigende Kosten sind in der öffentlichen Wahrnehmung bisher nur bedingt angekommen. Veränderungen führen tendenziell zu einer Unternutzung des Systems und lösen damit eine Reihe technischer und finanzieller Folgewirkungen aus. Dazu zählen u.a. hygienische Probleme, Korrosion und in der Folge erhöhte Kosten für die Verwaltung und letztlich für die Allgemeinheit. Außerdem müssen fixe Kosten und Instandhaltung für die Leitungen auf immer weniger Einwohner / Verbraucher verteilt werden. Dabei wirken die finanziellen Engpässe der öffentlichen Haushalte ebenso verstärkend, wie klimatische Ereignisse in Form von Starkregen oder langanhaltenden Dürreperioden.

Verschärfend wirken auch die gesellschaftlichen Standards, die zu großen Grundstücken und einer dispersen Siedlungsstruktur geführt haben.

Gleichzeitig gibt es im Bereich der Telekommunikation vielerorts einen Ausbaubedarf von Netzwerken, die schnelle Internetverbindungen ermöglichen. Wegen der stetig zunehmenden Bedeutung der digitalen Kommunikation, sowohl für Privatpersonen als auch für Unternehmen, ist dies eine Chance um die Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit auch im ländlichen Raum zu verbessern.

Dezentrale Lösungen und kooperative Modelle sind gefragt

Im Weg(e)weiserprojekt wurden Ansätze diskutiert, um die technische Infrastruktur dem demographischen Wandel anzupassen (Abb. 13, Abb. 14).

Neue Steuerungs- und Managementsysteme sowie Vernetzung und Kooperation zwischen heute noch weitgehend unabhängig von einander agierenden Akteuren sind gefragt. Nur so können die Wechselwirkungen und Abhängigkeiten zwischen Siedlungs- und Bevölkerungsentwicklung, Flächennutzung, gewerblichen industriellen Anforderungen, Klima- und Umweltschutz effizient gesteuert werden.

Dezentrale (Entsorgungs-) Lösungen werden vor dem Hintergrund der hier nur grob skizzierten Entwicklungen eine höhere Bedeutung erlangen. Ebenso wird man über alternative Finanzierungsmodelle nachdenken müssen, denn bereits die kalkulatorischen Abschreibungen werden zu besonderen Belastungen führen. Unbedingt notwendig werden damit abgestimmte Entwicklungsplanungen für alle Beteiligten. Das heißt: solidarische, kooperative Lösungen zwischen Städten und Gemeinden. Diese zu organisieren wird eine der herausragenden Aufgaben sein, denen sich Kommunen bereits in naher Zukunft stellen müssen.

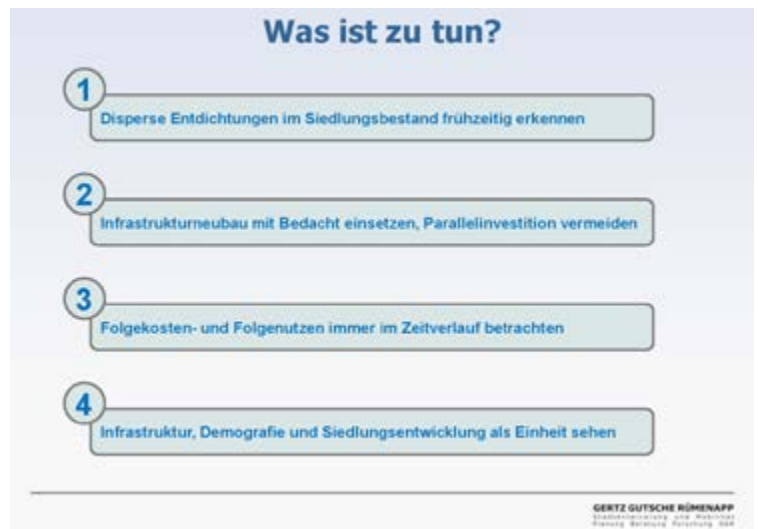


Abbildung 13: Anpassung der Infrastrukturplanung an den demographischen Wandel (Quelle: Gertz Gutsche Rügenapp, Vortrag von Dipl. Ing. Achim Tack beim 2. Workshop des Weg(e)weiserprojektes am 3. November 2011 in Wolfenbüttel)

Wie wird der Wasserverband auf den Wandel reagieren?



- Dezentrale Ver- und Entsorgungskonzepte werden zunehmende Bedeutung erlangen.
- Alternative Finanzierungsmodelle müssen entwickelt werden.
- Anwendungsspezifische Ver- und Entsorgungsleistungen müssen entwickelt werden.
- Die Arbeitsorganisation und die Arbeitsplätze müssen altersgerechte ausgestaltet werden.
- Heutige Investitionen müssen vor dem Hintergrund der regionalen Entwicklung bewertet werden.
- Kooperationen zwischen den wasserwirtschaftlichen Unternehmen sind notwendig.
- Abgestimmte Entwicklungsplanung zwischen allen Beteiligten sind grundlegende Voraussetzung

Wasserverband Peine

6

Abbildung 14: Mögliche Maßnahmen im Bereich der Wasserversorgung (Quelle: Wasserverband Peine, Vortrag beim 2. Workshop des Weg(e)weiserprojektes am 3. November 2011 in Wolfenbüttel)

Fazit

Neue Lösungen für technische Infrastrukturen sind gefragt. Dezentrale Systeme und Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten können dazu beitragen.

Webadressen zu den Fußnoten

1	<p>Statistisches Bundesamt (2009) Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung.</p> <p>https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/Bevoelkerungsvorausberechnung.html</p>
2,3, 4,6, 17	<p>NBank-Bevölkerungs- und Haushaltsprognose der CIMA. Daten veröffentlicht in: Hämker, Sebastian und Koschitzki, Robert (2013) Wohnen in Niedersachsen 2012-2030: Investieren in zukunftssichere Bestände. Wohnungsmarktbeobachtung 2012/13. Hannover: NBank.</p> <p>http://www.nbank.de/_downloads/Publikationen_und_Dokumente/Broschue-ren/130624_WOM2013.pdf</p>
5	<p>Vorträge zum Workshop „Wohnen, Arbeit und Daseinsvorsorge“ am 11.3.2014</p> <p>http://www.zgb.de/regionalentwicklung/demographie/regionalkonferenz/</p>
8	<p>Niedersachsens Mittelständler von Nachwuchssorgen geplagt, Braunschweiger Zeitung (4. Februar 2014), Bericht zum „Mittelstandsbarometer 2014“ der Beratungsgesellschaft Ernst & Young.</p> <p>http://www.braunschweiger-zeitung.de/wirtschaft/niedersachsens-mittelstaend-ler-von-nachwuchssorgen-geplagt-id1325467.html</p>
9	<p>Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009) Demografischer Wandel in Deutschland - Heft 4: Auswirkungen auf die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl.</p> <p>https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/EntwicklungErwerbspersonenzahl5871104099004.pdf?__blob=publicationFile</p>
9, 15	<p>NBank-Erwerbstätigenprojektion der CIMA. Daten veröffentlicht in: Hämker, Sebastian und Koschitzki, Robert (2013) Wohnen in Niedersachsen 2012-2030: Investieren in zukunftssichere Bestände. Wohnungsmarktbeobachtung 2012/13. Hannover: NBank.</p> <p>http://www.nbank.de/_downloads/Publikationen_und_Dokumente/Broschue-ren/130624_WOM2013.pdf</p>
10, 13	<p>Hans-Ulrich Jung (2008) Die Position der Region Braunschweig im wirtschaftlichen und demographischen Wandel , Hannover: NIW. Studie im Auftrag der Industrie- und Handelskammer Braunschweig</p> <p>http://www.niw.de/uploads/pdf/publikationen/Braunschweig_wirtschaftlicher_demographischer_Wandel.pdf</p>
11	<p>Die ökonomische Positionierung der Region Braunschweig, Vortrag von Dr. Arno Brandt (Nord/LB Regionalwirtschaft) beim 3. Workshop des Weg(e)weiserprojektes am 1. Dezember 2011 in Braunschweig.</p> <p>http://www.zgb.de/fileadmin/user_upload/30_Themen/Wegeweiser/Region%20BS_Brandt_1.12.11_oeffentlich.pdf</p>
12	<p>Die Regionale Innovationsstrategie für Niedersachsen, Vortrag des CIMA Instituts für Regionalwirtschaft bei der Zukunftskonferenz der Staatskanzlei am 23. Oktober 2013 in Braunschweig.</p> <p>http://www.niedersachsen.de/download/81621/Vortrag_-_Die_regionale_Innovationsstrategie_fuer_Niedersachsen.pdf</p>
14	<p>Empirische Analyse spezifischer Handlungsbedarfe und Potenziale in der Region Braunschweig, Vortrag von Dr. Daniel Schiller (NIW) bei der Zukunftskonferenz der Staatskanzlei am 23. Oktober 2013 in Braunschweig</p> <p>http://www.niedersachsen.de/download/81623/Vortrag_-_Empirische_Analyse_spezifischer_Handlungsbedarfe_und_Potenziale_in_der_Region_Braunschweig.pdf</p>
16	<p>Zukunftsatlas 2013 der Prognos AG</p> <p>www.prognos.com</p>



Zweckverband
Großraum
Braunschweig

Informationen unter:
www.zgb.de